



HESSEN



Bericht aus Brüssel

13/2023 vom 03.07.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	8
Energie.....	9
Digital.....	9
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	14
Soziales.....	16
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	16
Umwelt.....	17
Landwirtschaft.....	20
Justiz.....	22
Inneres.....	24
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien.....	29
Veranstaltungen.....	30
Vorschau.....	33

Rat; 18-Monats-Arbeitsprogramm

Der Rat hat am 27.06.2023 sein 18-Monats-Arbeitsprogramm für den Zeitraum vom 01.07.2023 bis zum 31.12.2024 gebilligt. Das Programm wurde im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft vom spanischen, belgischen und ungarischen Ratsvorsitz, von dem Hohen Vertreter für den Rat Auswärtige Angelegenheiten und in Zusammenarbeit mit der Kommission ausgearbeitet. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der zunehmenden globalen Unsicherheit legt das Programm den Schwerpunkt auf die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU durch die Stärkung der industriellen Basis Europas, die Gewährleistung eines fairen, gerechten und integrativen Übergangs durch die Stärkung der sozialen Dimension Europas und auf die Stärkung der internationalen Partnerschaften, der multilateralen Zusammenarbeit und der Sicherheit in all ihren Dimensionen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10597-2023-INIT/de/pdf>

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 29./30.06.2023

Die Staats- und Regierungschefs kamen am 29./30.06.2023 zu einem Europäischen Rat (ER) in Brüssel zusammen. Sie tauschten sich zu Beginn mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg über die EU-NATO Zusammenarbeit aus. Sodann befassten sie sich mit dem Krieg in der Ukraine; der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky war per Videokonferenz zugeschaltet worden. Der ER verurteilt zum wiederholten Male scharf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und versichert ihr die „unverbrüchliche Unterstützung“ der EU. Er erklärt, die EU und ihre Mitgliedstaaten seien „bereit, sich zusammen mit Partnern an künftigen Sicherheitszusagen für die Ukraine zu beteiligen, die der Ukraine helfen sollen, sich langfristig selbst zu verteidigen, Angriffshandlungen abzuwenden und Destabilisierungsversuchen standzuhalten.“ Die diplomatischen Kontakte sollen intensiviert werden, um die größtmögliche internationale Unterstützung für die ukrainische Friedensformel sicherzustellen. Die Arbeiten zu der Frage, inwieweit eingefrorene russische Vermögenswerte im Einklang mit internationalem Recht genutzt werden können, werden zur Kenntnis genommen; Rat, Hoher Vertreter und Kommission sollen diese Arbeiten fortsetzen. Iran und Belarus werden aufgefordert, ihre Unterstützung Russlands einzustellen. Der ER würdigt auch das Engagement und die „bedeutenden Anstrengungen“ der Ukraine für ihre EU-Beitrittsperspektive. Weitere Themen waren insbesondere Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung, Migration sowie China. Der ER hat eine Bilanz der Fortschritte bei der Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität Europas gezogen. Die Arbeit an den Vorschlägen für eine Netto-Null-Industrie-Verordnung und eine Verordnung zu kritischen Rohstoffen sollen beschleunigt, und das Gesetzgebungsverfahren zur europäischen Verordnung für Künstliche Intelligenz zügig abgeschlossen werden. Die Kommission wird aufgefordert, eine Initiative für Sofortmaßnahmen vorzuschlagen, um die ausreichende Produktion und Verfügbarkeit der kritischsten Arzneimittel und Bestandteile in Europa sicherzustellen und die internationalen Lieferketten zu diversifizieren (sog. Critical Medecins Act“). Auf seiner Tagung im März 2024 soll ihm ein Bericht über die Zukunft des Binnenmarkts vorgelegt werden. Der ER mahnt die weitere Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten an und fordert, die Arbeit in allen Aktionsbereichen für die Lieferung und gemeinsame Beschaffung von Munition und Flugkörpern voranzubringen, insbesondere die Arbeit an der Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP); die Kommission soll außerdem ein Programm für Europäische Verteidigungsinvestitionen (EDIP) vorschlagen. In seinen Schlussfolgerungen bestätigt der ER ferner den „mehrdimensionalen“ Ansatz der EU, nach dem China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale behandelt wird.

Die EU werde sich weiter um eine Verringerung der Abhängigkeiten, einschließlich der Lieferketten, bemühen und diversifizieren soweit notwendig. Die EU strebe aber nicht an, sich zu entkoppeln oder sich nach innen zu wenden. Unstimmigkeiten zeigten sich bei dem Gipfel insbesondere bei dem Thema Migration. HUN und POL stimmten den Schlussfolgerungen zu diesem Thema nicht zu. Sie fordern Einstimmigkeit hinsichtlich der Reform des EU-Asylsystems, auf die sich die EU-Innenministerinnen und -minister am 08.06.2023 mit qualifizierter Mehrheit geeinigt hatten. Das Thema Migration wurde deshalb in eigenen Schlussfolgerungen des ER-Präsidenten Charles Michel behandelt. Darin heißt es, die Migration sei „eine europäische Herausforderung, die eine europäische Antwort“ erfordere. Die Arbeit in allen Aktionsbereichen und entlang aller Migrationsrouten werde im Einklang mit dem Völkerrecht intensiviert. Ein Euro-Gipfel hat nicht stattgefunden. Er war auf den Oktober-ER (26./27.10.2023) verschoben worden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2023/06/29-30/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; 11. Sanktionspaket gegen Russland

Der Rat hat am 23.06.2023 ein elftes Paket wirtschaftlicher und individueller restriktiver Maßnahmen angenommen. Damit sollen die bestehenden EU-Sanktionen verschärft und ihre Umgehung unterbunden werden, um Russlands Kriegsmaschinerie und seine Einnahmen weiter zu schmälern. Das vereinbarte Paket umfasst Maßnahmen, um der zunehmenden Umgehung der EU-Sanktionen von Drittländern entgegenzuwirken. Weiterhin geplant ist ein Verbot der Weiterbeförderung von Gütern und Technologien, die zur militärischen und technologischen Aufrüstung Russlands oder zur Entwicklung des Verteidigungs- oder Sicherheitssektors beitragen können, die vorher aus der EU in Drittländer ausgeführt werden. Zudem enthält das neue Sanktionspaket weitere Einfuhr- und Ausfuhrkontrollen und -beschränkungen, weitere individuelle Auflistungen und eine Verlängerung der Aussetzung der Rundfunklizenzen auf fünf weitere Medienanstalten. Die für DEU und POL gewährte befristete Ausnahmeregelung für die Lieferung von Rohöl aus Russland über den nördlichen Abschnitt der Druschba-Ölpipeline soll auslaufen. Das aus Kasachstan oder einem anderen Drittland stammende Öl kann jedoch weiterhin durch Russland geleitet und über die Druschba-Ölpipeline in die EU eingeführt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/06/23/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-eu-adopts-11th-package-of-economic-and-individual-sanctions/>

Kommission; EU-Fazilität für die Ukraine

Am 21.06.2023 präsentierte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf der Geberkonferenz für die Ukraine 2023 in London die Einzelheiten des Kommissionsvorschlags für eine neue Ukraine-Fazilität. Geplant ist, dass bis zu 50 Mrd. EUR in Form von Finanzhilfen und Darlehen für die Ukraine mobilisiert werden. Mithilfe dieser Ressourcen sollen die Bemühungen der Ukraine unterstützt werden, die makrofinanzielle Stabilität aufrechtzuerhalten, die Erholung des Landes zu fördern, dieses wieder wiederaufzubauen und gleichzeitig dabei unterstützen, Reformen für den Weg zum EU-Beitritt durchzuführen. Vorgesehen ist die Einrichtung eines speziellen Finanzierungsinstruments, das der Ukraine für den Zeitraum 2024-2027 eine kohärente, berechenbare und flexible Unterstützung bietet, die an die besonderen Herausforderungen bei der Unterstützung eines Landes im Kriegszustand angepasst ist. Die Fazilität soll das unerschütterliche Engagement der EU unterstreichen, die

Ukraine angesichts des anhaltenden Angriffskriegs Russlands und auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu unterstützen.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2023-06/COM_2023_338_1_EN_ACT_part1_v6.pdf

Kommission; Mitteilung Klima-Sicherheits-Nexus

Die Kommission und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell stellten am 28.07.2023 eine gemeinsame Mitteilung über den Klima-Sicherheits-Nexus, vor. In der Mitteilung wird dargestellt, wie die EU die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf Frieden, Sicherheit und Verteidigung angehen soll. Mit einem neuen Ansatz will die EU den Nexus Klima, Frieden und Sicherheit besser in die Außenpolitik der EU integrieren. Dafür sieht sie eine Reihe konkreter Maßnahmen für das gesamte Spektrum von Daten, Strategien, Missionen, Verteidigung und die Zusammenarbeit mit Drittpartnern vor. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf allen Ebenen der Gestaltung, Planung und Durchführung der Außenpolitik berücksichtigt werden.

https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/JOIN_2023_19_1_EN_ACT_part1_v7.pdf

Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 20.06.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: „Strategische Vorausschau als Instrument für die EU-Governance und eine bessere Rechtsetzung“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2194043&meetingSessionId=2243433>

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 21.06.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: „Mentoring als wirksames und konkretes Instrument für das Europa von morgen“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt Städte und Regionen als Vorreiter“ sowie „Entwicklung eines neuen europäischen wertebasierten Sportmodells von unten nach oben“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192443&meetingSessionId=2241599>

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 22.06.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Europäischer grenzübergreifender Mechanismus 2.0“, „Drohnenstrategie 2.0“ sowie „ein gerechter und nachhaltiger Wandel in den Automobilregionen“. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2199346&meetingSessionId=2250167>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 29.06.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: "COP 28 der UN-Klimarahmenkonvention: Beitrag der subnationalen Ebene zur Aufrechterhaltung der Klimaschutzdynamik". Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „eine Multi-Level-Governance für den Grünen Deal: Überarbeitung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz“ sowie „Europäische Wasserstoffbank“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2193535&meetingSessionId=2242836>

Wirtschaft

Kommission; Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Kenia

Die EU und Kenia haben ihre Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen am 19.06.2023 erfolgreich abgeschlossen. Das Abkommen soll den Warenhandel ankurbeln und beidseitig neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen. Das Abkommen normiert Klima- und Umweltschutzziele sowie Vorgaben für Arbeitnehmerrechte und bestärkt Kenia in seiner Vorreiterrolle auf dem afrikanischen Kontinent hinsichtlich von Nachhaltigkeitsaspekten. Die EU ist der wichtigste Exportmarkt Kenias und zugleich der zweitgrößte Handelspartner des Landes. Das Handelsvolumen lag 2022 bei insgesamt 3,3 Mrd. EUR – ein Anstieg um 27 % im Vergleich zu 2018. Das Abkommen muss nun noch vom Rat angenommen und von den Vertragsparteien unterzeichnet werden, bevor es nach der Zustimmung des EP und der Ratifizierung durch Kenia und die Mitgliedstaaten in Kraft treten kann.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3323

Kommission; Plattform für strategische Technologien

Die Kommission hat am 20.06.2023 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung einer Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) vorgelegt. Diese soll dazu beitragen, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU bei kritischen Technologien in den Bereichen Digitalisierung, Grundlagentechnologien, saubere Technologien und Biotechnologie zu fördern. STEP wird auf bestehenden Instrumenten und Programmen aufbauen, wobei einige Programme mit insgesamt 10 Mrd. EUR ausgestattet werden sollen. Es wird erwartet, dass STEP Investitionen in strategische Technologien in Höhe von 160 Mrd. EUR auslösen wird.

https://commission.europa.eu/document/download/29d930ce-71a2-4caa-bebf-937760a6f62d_en?filename=COM_2023_335_1_EN_ACT_part1_v11.pdf

Kommission; Mitteilung über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit

Die Kommission und der Hohe Vertreter Josep Borrell haben am 20.06.2023 eine gemeinsame Mitteilung über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit vorgelegt. Es sollen Risiken, die sich aus bestimmten Wirtschaftsströmen vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen und eines beschleunigten technologischen Wandels ergeben, minimiert werden. Gleichzeitig ist das Ziel ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Offenheit und Dynamik aufrechtzuerhalten. Mit der vorgeschlagenen Strategie soll ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden. Das Konzept bestimmt eine Strategie zur gemeinsamen Identifizierung, Bewertung und Bewältigung von Risiken.

<https://circabc.europa.eu/rest/download/a75f3fb8-74e3-4f05-a433-fdbf406d5de6>

Rat; Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion

Der Rat hat am 23.06.2023 ein Verhandlungsmandat für die vorgeschlagene Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (Act in Support of Ammunition Production – ASAP) vereinbart. Mit dem Vorschlag der Kommission vom 03.05.2023 soll die Produktion von Munition und Raketen in der EU erhöht werden, um den aktuellen Engpässen entgegenzuwirken. Dafür soll u.a. finanzielle Unterstützung in Höhe von 500 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/23/boosting-ammunition-production-in-the-eu-defence-industry-council-ready-to-negotiate-with-the-european-parliament/>

Kommission; Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung formell angenommen

Die Kommission hat die Änderung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) zur weiteren Erleichterung und Beschleunigung des grünen und digitalen Wandels am 23.06.2023 formell angenommen. Die Verordnung gestattet es der Kommission sog. Gruppenfreistellungsverordnungen für staatliche Beihilfen zu erlassen. Hiernach werden Kategorien von staatlichen Beihilfen mit EU-Recht für vereinbar erklärt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Diese müssen dann nicht mehr bei der Kommission angemeldet und genehmigt werden.

https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/legislation/regulations_de#procedural-regulation

Kommission; 832 Mio. EUR aus Verteidigungsfond für 41 Projekte

Die Kommission gab am 26.06.2023 bekannt, dass aus den im Vorjahr eingereichten Vorschlägen 41 Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit insgesamt 832 Mio. EUR aus dem europäischen Verteidigungsfonds gefördert werden. Die ausgewählten Projekte sollen dazu beitragen, hochentwickelte Verteidigungsfähigkeiten der EU in kritischen Bereichen wie See-, Boden- und Luftkampf sowie weltraumgestützte Frühwarnung und Cyberspace weiterzuentwickeln. In den ausgewählten Konsortien arbeiten insgesamt 550 Einrichtungen aus der EU und Norwegen zusammen, wobei KMU mit einem Anteil von 39% an den teilnehmenden Einrichtungen stark vertreten sind (sie erhalten insgesamt 20% der Fördermittel).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3481

EP, Rat, Kommission Einigung hinsichtlich gemeinsamen Rüstungsbeschaffungsinstruments

Am 27.06.2023 einigten sich das EP und der Rat informell auf neue Regeln, die Anreize für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern schaffen soll. Die neue Verordnung wird bis Ende 2025 ein kurzfristiges Instrument zur Förderung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (instrument to boost the European defence industry through common procurement - EDIRPA) schaffen. Das Instrument soll den Mitgliedstaaten dabei helfen, ihren dringendsten und kritischsten Bedarf an Verteidigungsgütern zu decken, der insbesondere durch die Lieferung von Verteidigungsgütern an die Ukraine verschärft wurde.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/27/eu-defence-industry-council-and-european-parliament-agree-on-new-rules-to-boost-common-procurement/>

Kommission; stärkere Zusammenarbeit mit Japan hinsichtlich wirtschaftlicher Sicherheit und digitalem Handel

Im Rahmen des Dialogs zwischen der EU und Japan am 27.06.2023 wurde die Bedeutung der strategischen Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan bekräftigt. Beide Seiten bestätigten, dass sie sich (zusammen mit anderen Partnern wie den USA und Großbritannien) in Bezug auf bestehende und künftige Sanktionen zur Eindämmung der militärischen Fähigkeiten Russlands abstimmen werden. Ferner einigten sich die Parteien abschließend auf Grundsätze für den digitalen Handel zwischen der Union und Japan, die zu einer offenen digitalen Wirtschaft ohne ungerechtfertigte Hemmnisse für den internationalen Handel führen sollen. Japan ist mit einem Warenhandelsvolumen von 141 Mrd. EUR (im Jahr 2022) ein wichtiger Handelspartner der EU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3530

V e r k e h r

Kommission; 10 Mio. EUR für Deutsche Flugsicherung GmbH

Die Kommission hat am 22.06.2023 107 Verkehrsinfrastrukturprojekte ausgewählt, die insgesamt über 6 Mrd. EUR an EU-Finanzhilfen aus der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF), dem EU-Instrument für strategische Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, erhalten. Über 80% der Mittel werden eingesetzt, um Projekte zu unterstützen, die ein effizienteres, umweltfreundlicheres und intelligenteres Netz von Eisenbahnen, Binnenwasserstraßen und Seeverkehrsrouten entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) schaffen sollen. Der Deutschen Flugsicherung GmbH in Langen bei Frankfurt ist es gelungen 10 Mio. EUR für ein Projekt zu erhalten, welches zu einer erhöhten Effizienz, Sicherheit und Interoperabilität im Luftraummanagement beitragen soll.

https://cinea.ec.europa.eu/system/files/2023-06/Overview%20Selected%20Proposals_FINAL.pdf

Kommission; Auslegung Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste

Die Kommission hat am 22.06.2023 überarbeitete Auslegungsleitlinien für die Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße verabschiedet. Die Leitlinien sollen die Rechtssicherheit für alle Beteiligten erhöhen. Sie klären unter anderem die Definition des Anwendungsbereichs „öffentlicher Dienstleistungsverpflichtungen“ und erläutern die neuen Bestimmungen zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge im Schienenverkehr. Ziel ist es, die Kosteneffizienz des öffentlichen Schienenverkehrs zu steigern und den Wettbewerb bei der Vergabe von Aufträgen zu fördern. Darüber hinaus werden Regeln zum Schutz der Beschäftigten und zur Festlegung von Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen festgelegt, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes im Einklang mit den EU-Beihilfavorschriften zu gewährleisten.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.C_.2023.222.01.0001.01.DEU&toc=OJ%3AC%3A2023%3A222%3ATOC

Energie

Rat; Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts

Der Rat hat am 19.06.2023 seine allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (Regulation on wholesale energy market integrity and transparency - REMIT) festgelegt. Mit dem Vorschlag soll ein offener und fairer Wettbewerb auf den europäischen Energiegroßhandelsmärkten gefördert werden, indem der Handel auf der Grundlage von Insiderinformationen verboten und dadurch Marktmanipulation verhindert wird. Der Vorschlag ist Teil einer breit angelegten Reform zur Umgestaltung des EU-Strommarkts.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/19/council-reaches-agreement-on-parts-of-electricity-market-reform/>

EUROSTAT; Kohleverbrauch steigt an

Laut EUROSTAT stiegen im Jahr 2022 Produktion und Verbrauch von Kohle in der EU weiter an und erreichten 349 Mio. Tonnen (+5 % gegenüber dem Vorjahr) bzw. 454 Mio. Tonnen (+2 %). Dieser Aufschwung begann im Jahr 2021 und wurde hauptsächlich von Braunkohle getragen. Deutschland verbrauchte und produzierte im Jahr 2022 131 Mio. Tonnen Braunkohle, ungefähr die gleiche Menge wie im Jahr davor.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20230622-2>

Kommission; Zweite Runde AggregateEU

Die Kommission gibt seit dem 26.06.2023 europäischen Unternehmen zum zweiten Mal die Möglichkeit, ihren Gasbedarf über den AggregateEU-Mechanismus anzumelden, um gemeinsam Gas auf dem internationalen Markt zu kaufen. In dieser zweiten Runde haben die europäischen Unternehmen bis zum 03.07.2023 Zeit, auf den Aufruf zur Bündelung der Gasnachfrage zu reagieren. Die gesammelte Nachfrage wird dann bis zum 10.07.2023 auf dem Weltmarkt ausgeschrieben, damit internationale Anbieter ihre Angebote für die Belieferung europäischer Kunden abgeben können. In der ersten Runde (Mai 2023) wurden knapp 11 Mrd. Kubikmeter des aggregierten europäischen Gasbedarfs mit Angeboten zuverlässiger Lieferanten verbunden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_3524

Digital

Kommission; weitere Konsultation zum Digital Services Act (DSA)

Die Kommission hat am 21.06.2023 eine weitere öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Digital Services Act (DSA) eingeleitet. Sie betrifft die in Art. 24 Abs. 5 DSA vorgesehene Datenbank für Meldungen der Online-Plattformen zu Gründen für die Entfernung von Inhalten und andere Entscheidungen zur Inhaltsmoderation. Die Datenbank, die Daten in Echtzeit vorhalten soll, wird öffentlich zugänglich sein und Informationen über die Bekämpfung illegaler Online-Inhalte enthalten. Die nun eingeleitete Konsultation befragt die Interessenträger zur Umsetzung der Datenbank, wie die zu sammelnden Informationen, Modalitäten der Meldungen und Fragen des Zugriffs. Die Konsultation endet am 17.07.2023.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/bd32f3a5-2d69-95dc-41b2-7066e31ca8e1>

Rat; Schlussfolgerungen zur digitalen Diplomatie

Der Rat hat am 26.06.2023 Schlussfolgerungen zur digitalen Diplomatie angenommen. In Zeiten zunehmender geopolitischer Herausforderungen und angesichts der rasanten Entwicklung disruptiver Technologien mit transformativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Führungsrolle in der globalen digitalen Governance durch die „digitale Diplomatie“ stärken. In seinen Schlussfolgerungen betont der Rat, die EU-Politik und Maßnahmen in globalen digitalen Angelegenheiten strategischer gestalten zu wollen. Als prioritäre Maßnahmen werden genannt: strategisches Engagement in multilateralen Foren und Wahrung des sog. Multistakeholder-Modells für die Internet-Governance, Einbeziehung der digitalen Diplomatie in Global-Gateway, der EU-Initiative zur Förderung strategisch wichtiger Infrastrukturprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern, sowie stärkere Gestaltung des globalen digitalen Regelwerks durch bilaterale und regionale digitale Partnerschaften und Allianzen.

<https://nsl.consilium.europa.eu/dg/l/104100/ad4cewxk2rr4vxnykkj7jt7istl67cnbjaeaxolzaeqbvuevugyyetcmo6s6ozzs2fkwf67oitqwi/5crj2qajuifzn6w43i64crlisg>

EP, Rat, Kommission; Einigung im Trilog auf das Datengesetz (Data Act)

Die Verhandlungsführer von EP, Rat und Kommission haben sich am 27.06.2023 im Trilog auf einen Kompromiss zum Kommissionsvorschlag für ein EU-Datengesetz (sog. Data Act) geeinigt. Die neue Verordnung soll die Datenwirtschaft in Europa stärken, indem sie einen harmonisierten EU-Rechtsrahmen für Datenzugang und Datennutzung schafft. Außerdem soll der Wechsel bei Cloud-Diensten erleichtert werden. Bis zuletzt war zwischen den Institutionen die Frage umstritten, inwieweit der Schutz der Geschäftsgeheimnisse dem Datenzugangsrecht entgegengehalten werden kann. Hier hat sich die Position, die den Dateninhabern weiterreichende Vetorechte zum Schutz der Geschäftsgeheimnisse zugestehen will, durchgesetzt. Der Data Act wird 18 Monate nach Inkrafttreten anwendbar sein; dies entspricht der Forderung des EP. Der Rat hatte sich für 24 Monate ausgesprochen. EP und Rat müssen den Kompromiss noch förmlich billigen.

<https://nsl.consilium.europa.eu/dg/l/104100/4g4mxuv35o3oruyhyhbc3p2koz5ga4ahtqw52eojqxq4zn3i64gydxgzkicjowf4sagxildksxwd4/hrrxzlqi42khv3idshscsl4vzy>

EP, Rat, Kommission; Einigung im Trilog auf europäische digitale Identität

Die Verhandlungsführer von EP, Rat und Kommission haben sich am 29.06.2023 im Trilog auf einen Kompromiss zum Vorschlag der Kommission für einen neuen Rechtsrahmen für die europäische digitale Identität (eID) geeinigt. Mit der eID sollen sich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sicher und vertrauenswürdig elektronisch mit Hilfe einer persönlichen digitalen Briefftasche (sog. „wallet“) auf einem Mobiltelefon identifizieren können. Die neue Verordnung harmonisiert den Rechtsrahmen für elektronische Identifizierungsmittel, die im Rahmen nationaler Systeme ausgegeben werden. Bis 2030 sollen mindestens 80% der Bürgerinnen und Bürger in der EU in der Lage sein, eine digitale ID-Lösung für den Zugang zu wichtigen öffentlichen Dienstleistungen zu nutzen.

<https://nsl.consilium.europa.eu/dg/l/104100/sdcwrtpwplj52ncfwtkig2hywo4bzwr36w4asz6ujiz7qokvbhg3sine43fioeaghzf34b77vc2t6/v4sc56pxqkyzh2pwiguokue25a>

Neue EU-Kommissarin; BUL; Forschung; Bildung; Innovation; Kultur;

Am 28.06.2023 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein neues Mitglied des Kommissionskollegiums aus BUL nominiert, nachdem die frühere Kommissarin Mariya Gabriel vor einigen Wochen ihren Rücktritt erklärt hatte, um Regierungsmitglied in BUL zu werden. Ursula von der Leyen beschloss, Iliana Ivanova (EVP/BUL) für den Zuständigkeitsbereich vorzuschlagen, der zuvor von Mariya Gabriel geführt worden war. Iliana Ivanova soll in der Kommission folglich für die Bereiche Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend zuständig sein. Die Kommissionspräsidentin verwies auf die „umfangreichen Erfahrungen“ von Iliana Ivanova in EU-Angelegenheiten. Seit 2013 gehörte Ivanova dem EuRH an und war davor von 2009 bis 2012 Mitglied des EP. Ursula von der Leyen erklärte, die Erfahrungen von Ivanova seien „von entscheidender Bedeutung“, um die Umsetzung des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa voranzubringen, um die EU-Forschungsausgaben effizienter einzusetzen und um eine stärkere Wirkung hierzu vor Ort zu erzielen. Die Personalie wurde EP und dem Rat formell zur Billigung vorgeschlagen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_3581

Kommission; EU-AU-Innovationsagenda; Gemeinsame Erklärung mit UNEP

Am 19.06.2023 hat die Kommission gemeinsam mit Repräsentanten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) eine Absichtserklärung unterzeichnet, welche die Kooperation beider Institutionen zur Umsetzung einer Innovationsagenda der Afrikanischen Union (AU) und EU besiegelt. Die Innovationsagenda soll auf enge Kooperation zwischen AU und EU im Bereich Forschung und Innovation abzielen und mithilfe der „Impact“-orientierten Ausrichtung auf die Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Wirtschaft und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen hinwirken. Die Struktur der Agenda ist geprägt von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen, welche die vier Prioritäten Öffentliche Gesundheit, Grüner Wandel, Innovation und Technologie und Wissenschaftskapazitäten abdecken. Die Innovationsagenda soll nun alsbald zwischen EU und AU ausgehandelt werden.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/european-union-and-un-environment-programme-unep-sign-letter-intent-join-forces-implementation-au-eu-2023-06-19_en

Kommission; Horizont Europa; „Europäische Nacht der Forschung“; „Forschende an Schulen“

Die Kommission hat am 20.06.2023 den Beginn des Zeitraums für die Einreichung von Bewerbungen für neue Ausschreibungen zu den Themen „Europäische Nacht der Forschung“ und „Forschende an Schulen“ bekanntgegeben. Mit diesen Aktionen wird beabsichtigt, Bürgerinnen und Bürger durch Wissenschaftsshows, Ausstellungen, Gespräche und weitere ähnliche Formate Forschungsaspekte näherzubringen, deren „Auswirkungen auf das tägliche Leben“ zu demonstrieren und Interesse am wissenschaftlichen Arbeiten zu wecken. Die Kommission stellt für die Jahre 2024 und 2025 insgesamt rund 15,4 Mio. EUR im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) der Mobilitätsförderung und im Programm „Bürgerinnen und Bürger“ zur Verfügung. Rund 50 Projekte sollen hieraus insgesamt finanziert werden. Bewerbungsschluss ist der 25.10.2023. Die Ausschreibung richtet sich an alle Mitgliedstaaten der EU sowie an die mit Horizont Europa assoziierten Partnerländer. Die „Europäische Nacht der Forschung“ findet alljährlich am letzten Freitag im September statt und soll insgesamt mehr als 1,5 Mio. Menschen erreichen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/forschungsforderung-bewerbungsfrist-fur-projekte-zur-europaische-nacht-der-forschung-und-forschende-2023-06-20_de

Kommission; Stipendien; gefährdete Forschende

Die Europäische Exekutivagentur für die Forschung hat am 28.06.2023 das Ziel eines neuen EU-Stipendienprogramms „European Fellowship Scheme for Researchers at Risk“ im Rahmen einer Pilotausschreibung ins Leben gerufen. Diese neue Initiative der Kommission zielt darauf ab, ein Förderprogramm zu etablieren, um Auswahl- und Vermittlungsverfahren mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Risikosituationen hin zu EU-Einrichtungen zu erproben. Außerdem soll 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die aktuell unter gefährlichen Bedingungen außerhalb der EU tätig sind, ermöglicht werden, Forschungsprojekte in einem sicheren Kontext weiterzuführen. Bewerbungsschluss für das Einreichen eines Projektvorschlags ist der 07.09.2023. Ein Vorschlag muss ein Konsortium von mindestens drei Institutionen aus mindestens drei EU-Mitgliedstaaten umfassen.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/the-european-commission-opens-call-to-pilot-european-fellowship-scheme-for-researchers-at-risk>

Kommission; Kooperation mit der Ukraine; Bildung und Forschung

Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas und der ukrainische Bildungs- und Wissenschaftsminister Oksen Lisovyi haben am 15.06.2023 im Rahmen eines Treffens die „Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen der Europäischen Kommission und dem ukrainischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft“ beschlossen und unterzeichnet. Die Kooperation zwischen der EU und der Ukraine soll auch auf diesem Gebiet vertieft werden, nachdem die Ukraine bereits an das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa assoziiert werden konnte und die EU ein Horizont-Europa-Verbindungsbüro in Kiew eröffnet hat. Konkret sieht die Vereinbarung vor, der Ukraine die Teilnahme an den Arbeitsgruppen und Peer-Learning-Aktivitäten des strategischen Rahmens für den europäischen Bildungsraum anzubieten. Folglich soll die Zusammenarbeit der Bildungssysteme wie auch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen erleichtert werden. Darüber hinaus gab Kommissar Schinas die erweiterte Teilnahmemöglichkeit der Ukraine am EU-Programm Erasmus+ ab 2024 bekannt. Dadurch solle die Ukraine von sämtlichen Partizipationsmöglichkeiten im Programm Erasmus+ profitieren können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_3290

Finanzdienstleistungen

Rat, EP, Kommission; Vorläufige Einigung zur Überarbeitung der Zentralverwahrerverordnung

Die Verhandlungsführer von Rat und EP haben am 27.06.2023 eine vorläufige Einigung zur Überarbeitung der VO (EU) No.909/2014 (Zentralverwahrerverordnung, Central Securities Depositories Regulation, CSDR) erreicht. Den entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag hatte die Kommission am 16.03.2022 im Zuge des Kapitalmarktunion-Aktionsplans 2020 vorgelegt. Die CSDR legt einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Erbringung von Wertpapierabwicklungs- und Verwahrungsdienstleistungen in Europa fest und erlaubt die grenzüberschreitende Erbringung der Dienstleistungen. Die CSDR macht außerdem Vorgaben für die Ausgestaltung des Abwicklungsprozesses, um dessen Sicherheit und Effizienz zu steigern und damit eine insgesamt möglichst reibungslose und kostenarme

Nachhandelslandschaft zu ermöglichen. Die vorgeschlagenen Änderungen, zu denen nun die Einigung erzielt wurde, betreffen zum einen Erleichterung bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Abwicklungs- und Verwahrdienstleistungen. Gleichzeitig wird die grenzüberschreitende Aufsichtskooperation vertieft. Zum anderen beinhaltet das Ergebnis des Trilogs weitere Maßnahmen zur Steigerung der Abwicklungsdisziplin, insbesondere sog. obligatorische Eindeckungen. Zu deren Anordnung soll die Kommission ermächtigt werden, wenn dies als ultima ratio zur Vermeidung von Finanzmarktinstabilitäten erforderlich ist.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/27/central-securities-depositories-council-and-parliament-reach-agreement/>

Rat, EP, Kommission; Vorläufige Einigung über Umsetzung der Basel-III-Reformen

Am 27.06.2023 haben die Verhandlungsführer von Rat und EP eine vorläufige Einigung über die Änderung der Eigenmittelrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) und Eigenmittelverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR) erzielt. Die Einigung erstreckt sich auf die methodische Umsetzung und Übergangsregelungen des sog. „Output-Floor“ (Eigenmitteluntergrenze), welcher die Flexibilität bei der Anwendung des IRBA (Internal Ratings Based Approach) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen einschränkt. Weiterhin vereinbarten die Verhandlungsführer einen stärkeren Fokus auf die Proportionalität der Rahmenwerke in Bezug auf kleinere und mittlere Kreditinstitute sowie die Einführung technischer Verbesserungen in den Bereichen operationelles Risiko, Kreditrisiko und Marktrisiko. Weitere Änderungen wurden im Bereich der Corporate Governance von Banken getroffen, insbesondere was die Eignungsprüfung (sog. „fit and proper“-Prüfung) von Mitgliedern der Leitungsorgane und Inhaber von Schlüsselfunktionen betrifft. Ferner erstreckt sich die Einigung auf einen vorübergehenden Regulierungsrahmen von Kryptowerten, die Harmonisierung der regulatorischen Mindestanforderungen für Zweigstellen von Drittlandsbanken und Änderungen der Anforderungen an Kreditinstitute zum Umgang mit Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken (Environmental, Social and Governance, ESG)-Risiken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/27/banking-sector-provisional-agreement-reached-on-the-implementation-of-basel-iii-reforms/>

Kommission; Weiterentwicklung des Rechtsrahmens für ein nachhaltiges Finanzwesen – Vorschlag für eine Verordnung über ESG-Ratingagenturen und zur Weiterentwicklung der Taxonomie

Am 13.06.2023 hat die Kommission ein Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung des EU-Rechtsrahmens für ein nachhaltiges Finanzwesen vorgelegt. Zielrichtung ist die Verbesserung der Transparenz über die Nachhaltigkeit von Investments, um hierdurch den Beitrag des Finanzwesens zur ökologischen Transformation zu stärken. Im Zentrum des Maßnahmenpaketes steht ein Vorschlag zur Regelung von Agenturen, die Nachhaltigkeitsrating (Environmental, Social and Governance (ESG)-Ratings) anbieten. Die Erstellung von ESG-Ratings soll hiernach zur genehmigungspflichtigen Tätigkeit werden. ESG-Ratingagenturen sollen fortan, genauso wie die klassischen Bonitäts-Ratingagenturen, der Aufsicht durch die ESMA unterstehen. Organisatorische und Governance-Vorgaben sollen der Vermeidung von Interessenkonflikten mit den gerateten Emittenten dienen. Hierdurch soll das größte, strukturell angelegte Hindernis für zutreffende ESG-Ratings reduziert werden mit dem Ziel, dass im Finanzmarkt tatsächlich eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Finanzmittelallokation erfolgen kann. Da es sich bei den ESG-Kriterien um vergleichsweise „weiche“, im Vergleich zum klassischen Bonitätsrating weniger leicht

messbare Kriterien handelt, ist diese strukturelle Richtigkeitsgewähr besonders wichtig.

Flankiert wird dieser Regelungsvorschlag von bestimmten Erweiterungen der Taxonomie-Verordnung (VO (EU) 2020/852) sowie der hierunter erlassenen delegierten Rechtsakte, die insbesondere für nicht unmittelbar klimabezogene, aber anderweit nachhaltigkeitsrelevante Tätigkeiten, wie z.B. die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen oder Erhalt und Wiederherstellung der Biodiversität, die Qualifikation als Taxonomie konform erleichtern sollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3192

Rat; Standpunkt zum Gesetzgebungspaket zur Börsennotierung (Listing Act)

Der Europäische Rat hat seinen Standpunkt zum Gesetzgebungspaket betreffend die Börsennotierung (Listing Act) angenommen. Das am 07.12.2022 von der Kommission vorgelegte Legislativpaket soll den Zugang zum Primärmarkt durch eine Börsenzulassung von Aktien erleichtern, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen. Er stellt einen zentralen Baustein des Kapitalmarktunion-Aktionsplans 2020 dar. Das Paket bündelt Änderungen primärmarktrelevanter Vorschriften in der Prospektverordnung (VO (EU) 2017/1129), in der Marktmissbrauchsverordnung (VO (EU) 596/2014, in der MiFIR (VO (EU) 604/2014), in der MiFID (RL (EU) 2014/65); außerdem wird die bisherige Börsenzulassungsrichtlinie RL 2001/34/EG aufgehoben. Der Zugang zum Primärmarkt soll insbesondere für kleiner und mittlere Unternehmen erleichtert werden, indem das Börsenzulassungsverfahren vereinfacht wird. Durch Begrenzung der Prospektspflicht soll die Zulassung weiterer Wertpapiere bei bereits bestehender Börsenzulassung des Emittenten erleichtert werden. Zugleich soll die Lesbarkeit, Aussagekraft und Vergleichbarkeit von Prospekten durch einheitliche Strukturierung und Längenbegrenzungen gesteigert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/14/capital-markets-union-council-agrees-its-negotiating-mandate-on-the-listing-act/>

Finanzen

Kommission; Mehrjähriger Finanzrahmen – Halbzeitüberprüfung, Anhebung der Ausgabetitel und Vorschläge für neue EU-Eigenmittel

Im Rahmen der turnusgemäßen Halbzeitüberprüfung des aktuell laufenden mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) hat die Kommission am 20.06.2023 konstatiert, dass die Finanzmittel der EU infolge der doppelten Belastung durch Pandemie und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bis an die Grenzen ausgereizt seien und hat in diesem Zusammenhang ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. Um weiterhin den Herausforderungen der neuen geopolitischen und strategischen Lage, der Migration und des Klimawandels gerecht zu werden, schlägt die Kommission gezielte Ausgabenanhebungen vor: Eine Ukraine-Fazilität mit EUR 50 Mrd. im Zeitraum 2024-2027; EUR 15 Mrd. für migrationsbedingte Ausgaben. Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU soll zudem eine Plattform für Strategische Technologien für Europa (STEP) geschaffen werden. Für die inflationsbedingt gestiegenen Refinanzierungskosten von Next Generation EU soll überdies eine separate Finanzierungsfazilität geschaffen werden. Außerdem macht die Kommission Vorschläge für die Schaffung neuer Eigenmittelquellen der EU. Diese Eigenmittel sollen aus dem ausgeweiteten EU-Emissionshandelssystem, dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sowie einer Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen kommen; insgesamt ergeben sich hieraus zusätzliche Eigenmittel in Höhe von rd. 36 Mrd EUR pro Jahr.

Kommission; Legislativvorschlag zur Quellenbesteuerung bei grenzüberschreitenden Kapitalerträgen

Die Kommission hat am 19.06.2023 einen Legislativvorschlag vorgestellt um Quellensteuerverfahren in der EU für Investoren, Finanzintermediäre und die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten effizienter und sicherer zu machen. Der Legislativvorschlag steht damit im Zusammenhang mit der Kommissionsmitteilung zur Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert. Zugleich ist er ein wichtiger Baustein im Rahmen des Kapitalmarktunion-Aktionsplans 2020. Der Legislativvorschlag sieht unter anderem vor, einen grenzüberschreitenden digitalen Nachweis über den Steuerwohnsitz einzuführen, um Quellensteuererstattungen für Anlegerinnen und Anleger maßgeblich zu vereinfachen. Weiterhin implementiert die Initiative zwei Schnellverfahren zur Ergänzung des geltenden Standard-Erstattungsverfahrens. Dabei handelt es sich um ein Verfahren für die „Steuererleichterungen an der Quelle“ und ein „Schnellerstattungsverfahren“. Im Rahmen des Verfahrens für die „Steuererleichterung an der Quelle“ wird zum Zeitpunkt der Ausschüttung von Zinsen und Dividenden ein ermäßigter Steuersatz gemäß einschlägiger Vorschriften der Doppelbesteuerungsabkommen angewandt. Bei dem „Schnellerstattungsverfahren“ wird zunächst ein Abzug unter Berücksichtigung des Quellensteuersatzes des Mitgliedsstaats vorgenommen; zu viel gezahlte Steuern werden jedoch innerhalb von 50 Tagen nach dem Zeitpunkt des Abzugs erstattet. Ferner sollen die nationalen Steuerverwaltungen durch die Einführung einer standardisierten Meldepflicht in die Lage versetzt werden, Missbräuche aufzudecken und die Inanspruchnahmen des ermäßigten Steuersatzes zu prüfen. Um die Bearbeitung von Anträgen auf Steuererstattungen zu erleichtern, werden große Finanzintermediäre der EU zukünftig verpflichtet, sich in einem nationalen Register zertifizierter Finanzintermediäre zu registrieren. Um die Rückverfolgung von Finanztransaktionen zu gewährleisten, sind Ausschüttungen von Zinsen und Dividenden durch zertifizierte Finanzintermediäre meldepflichtig. Sofern Anlegerinnen und Anleger mit zertifizierten Finanzintermediären kontrahieren, können die o.g. Schnellverfahren für die Erstattung der Quellensteuer in Anspruch genommen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3301

Kommission; Paket zum digitalen Euro und Eurobargeld als gesetzlichem Zahlungsmittel

Am 28.06.2023 hat die Kommission das Legislativpaket zum digitalen Euro und zum Eurobargeld als gesetzlichem Zahlungsmittel vorgelegt. Das Paket dient damit insgesamt zur Sicherung der Rolle des Zentralbankgelds gegenüber dem Geschäftsbankengeld, Kryptowährungen und ggf. auch ausländischem digitalem Zentralbankgeld in einem Zeitalter rapider Digitalisierung. Es gewährleistet außerdem für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen den Zugang zu Bargeld wie auch zu kostengünstigen digitalen Zahlungsformen. Das Gesetzgebungspaket besteht zum einen aus einem Legislativakt, der die Rolle des Eurobargelds als gesetzliches Zahlungsmittels festschreibt und Zugang wie Akzeptanzpflicht regelt; hier war es in einigen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren zu einer erheblichen Verdrängung des Zentralbankgelds durch elektronische, von diversen privaten Anbieter – meist US-amerikanischen Kreditkartenunternehmen – angebotenen Zahlungsformen auch im stationären Handel gekommen. Mit weiteren Legislativvorschlägen soll dem Eurobargeld ein digitaler Euro zur Seite gestellt werden; über die konkrete Einführung soll noch die EZB entscheiden. Anders als Buchgeld, das eine Forderung gegen die kontoführende Bank darstellt, wird der digitale Euro eine Forderung gegen die Zentralbank sein. Erhältlich wird er für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen über

Konten sein, die sie bei Zahlungsdienstleistern – praktisch also meist ihren Hausbanken – führen. Um den Geschäftsbanken die Refinanzierungsquelle der Buchgeldeinlagen zu erhalten, soll die Nutzung des digitalen Euro zur Wertaufbewahrung begrenzt werden; zu diesem Zweck soll die EZB Obergrenzen für den Betrag festlegen, der in digitalem Euro gehalten werden kann. Eine Regelung zur automatischen Auffüllung aus dem Buchgeldkonto („Wasserfallregelung“) wird jedoch dafür sorgen, dass auch Zahlungen oberhalb dieses Limits in digitalen Euro geleistet werden können. Mit der Einführung des digitalen Euro wird den bisher ganz dominanten Kredit- und Maestrokartenzahlungen, die von US-amerikanischen Kreditkartenunternehmen angeboten werden, sowie den neueren digitalen Zahlungsformen wie paypal u.ä., die ebenfalls überwiegend von US-amerikanischen Unternehmen angeboten werden, ein neues EU-basiertes digitales Zahlungssystem zur Seite gestellt werden. Dies wird den Wettbewerb stärken und kann die bisher vergleichsweise hohen Gebühren für digitale Zahlungen senken. Zugleich ist es eine Maßnahme zur Stärkung der offenen strategischen Autonomie der EU sowie zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3501

Soziales

Rat; EP; Einigung zu Asbestschutz am Arbeitsplatz

Am 27.06.2023 haben das EP und der Rat eine Einigung zur Novellierung des Schutzes vor Asbest am Arbeitsplatz erzielt. Mit der neugefassten Richtlinie werden die Grenzwerte des krebserregenden Stoffes um den Faktor zehn abgesenkt. Damit werden jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse und Verbesserungen der Messtechniken Eingang in die Rechtsvorschriften finden. Nach der nun notwendigen förmlichen Annahme werden die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit haben, um die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3557

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Förderaufrufe und Workshops für das EU-Gesundheitsprogramm

Die Kommission hat am 15.06.2023 neue Förderaufrufe für das EU-Gesundheitsprogramm EU4Health veröffentlicht und bietet hierzu auch Online Workshops an. Adressiert werden mit dem Förderaufruf insbesondere die Bereiche Zugang zur Gesundheitsversorgung, psychische Gesundheit, Krebs sowie Substanzen menschlichen Ursprungs und Medizinprodukte.

https://hadea.ec.europa.eu/news/2023-eu4health-calls-action-grants-2023-06-15_en

Kommission; Online-Reisebüros sagen Maßnahmen zum Verbraucherschutz zu

Am 28.06.2023 haben drei Online-Reisebüros im Anschluss an einen Dialog mit der Kommission sowie den über das CPC-Netz zusammengeschlossenen nationalen Verbraucherschutzbehörden neue Verpflichtungen zum Verbraucherschutz zugesagt. Es handelt sich hierbei um die Online-Reisebüros eDreams ODIGEO, ETraveli Group und Kiwi.com. Sie haben sich dazu verpflichtet, im Fall einer Annullierung eines Flugs die Erstattung an die Verbraucherinnen und Verbraucher bis zu sieben Tage nach Erhalt der Erstattung von der Fluggesellschaft vorzunehmen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher diese innerhalb von 14 Tagen erhalten. Durch die Angabe von

Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Online-Reisebüros sollen Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit bekommen, mit diesen zu kommunizieren. Zudem haben die Reisebüros zugesagt, Informationen über spezifische Vorteile der einzelnen Dienstleistungen klarer darzulegen und Verbraucherinnen und Verbraucher im Fall der Annullierung eines Flugs klar zu informieren sowie sie über ihre Rechte auf anderweitige Beförderung oder Erstattung aufzuklären.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3521

EuGH; Urteil zum Flaschenpfand bei der Getränkeauspreisung

Am 29.06.2023 hat der EuGH in seinem Urteil zur Rechtssache C-543/21 entschieden, dass der Pfandbetrag, der beim Kauf von Produkten in Pfandbehältern entrichtet werden muss, nicht in den Verkaufspreis einzuschließen ist. Infolge eines Rechtsstreits zwischen dem Verband Sozialer Wettbewerb e.V. und familia-Handelsmarkt Kiel GmbH & Co. KG hatte der Bundesgerichtshof dem EuGH eine Anfrage zur Richtlinie 98/6 über den Verbraucherschutz bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse vorgelegt. Der Gerichtshof begründete sein Urteil damit, dass Pfand weder die Kriterien für eine Steuer erfülle, noch ein obligatorisch zu tragender Betrag sei, da eine Rückerstattung vorgesehen ist. Zudem stehe die Möglichkeit, den Pfandbetrag neben dem Verkaufspreis anzugeben, im Einklang mit den Zielen der Richtlinie 98/6, denn dadurch könnten die Preise von Erzeugnissen durch die Verbraucherinnen und Verbraucher besser beurteilt und miteinander verglichen werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=275029&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=400143>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Vorschriften für Elektro- und Elektronik-Altgeräten

Für eine Bewertung der EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräten (WEEE-Richtlinie) hat die Kommission am 16.06.2023 eine Konsultation gestartet. Im Rahmen der Initiative soll evaluiert werden, ob die Ziele der WEEE-Richtlinie von 2012 erreicht und inwiefern eine Kreislaufwirtschaft und eine umweltverträgliche Abfallbewirtschaftung für Elektro- und Elektronikgeräte gefördert werden. Die Richtlinie von 2012 soll die Umwelt und die menschliche Gesundheit schützen, zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Verbrauch beitragen sowie eine effiziente Ressourcennutzung gewährleisten. Die Konsultation ist bis zum 22.09.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13420-Elektro-und-Elektronik-Altgerate-Bewertung-der-EU-Vorschriften_de

Kommission; Vorschlag zur Energiekennzeichnung von Smartphones und Tablets

Am 16.06.2023 hat die Kommission im Rahmen der bestehenden EU-Energiekennzeichnungsverordnung neue Vorschriften vorgeschlagen, die Verbraucherinnen und Verbrauchern helfen sollen, beim Kauf von Mobiltelefonen, schnurlosen Telefonen sowie Tablets nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Smartphones und Tablets, die in der EU auf den Markt gebracht werden, müssen demnach Informationen über ihre Energieeffizienz, die Langlebigkeit der Batterien, den Schutz vor Staub und Wasser, die Widerstandsfähigkeit gegen versehentliches

Herunterfallen sowie einen Reparierbarkeitsindex aufweisen. Hierfür werden die bereits bestehenden EU-Energieetiketten mit der Skala A-G verwendet. Weitere Informationen werden über die EU-Datenbank Produktdatenbank für Energieverbrauchs-kennzeichnung (EPREL) zur Verfügung gestellt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3315

Rat; Einigung auf Verhandlungsmandat für Änderung der WEEE-Richtlinie

Der Rat hat sich am 16.06.2023 auf ein Verhandlungsmandat zu den vorgeschlagenen Änderungen der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) geeinigt. Diese zielen darauf ab, die WEEE-Richtlinie mit einem Urteil des EuGHs vom 25.01.2022 in Einklang zu bringen, in welchem dieser die ungerechtfertigte rückwirkende Anwendung der erweiterten Herstellerverantwortung auf Abfälle aus Photovoltaikmodulen beanstandete. Dementsprechend soll die Richtlinie laut Vorschlag der Kommission so angepasst werden, dass die Finanzierung der Kosten für die Bewirtschaftung von Abfällen aus Photovoltaikmodulen, die nach dem 13.08.2012 in Verkehr gebracht wurden, dem Hersteller obliegt. Mit der Richtlinie wurde außerdem ab dem 15.08.2018 ein „offener Anwendungsbereich“ eingeführt, womit alle nicht ausdrücklich ausgeschlossenen Elektro- und Elektronikgeräte als in den Anwendungsbereich fallend angesehen wurden. Auch hier wurde die rückwirkende Einbeziehung beanstandet. Deshalb soll die erweiterte Herstellerverantwortung, also die Finanzierung der Kosten für die Sammlung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung, für die im Jahr 2018 hinzugefügten Produkte nur für Produkte gelten, die danach auf den Markt gebracht wurden. Der Rat billigt den Vorschlag der Kommission und verdeutlicht die Zusammenhänge mit den Bestimmungen der Abfallrahmenrichtlinie. Er schlägt vor, die Umsetzungsfrist für die neue Richtlinie von 12 auf 18 Monate zu verlängern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/16/council-sets-its-stance-on-waste-from-electrical-and-electronic-equipment-to-align-with-court-ruling/>

Rat; Einigung auf Verhandlungsmandat zur Wiederherstellung der Natur

Am 20.06.2023 hat sich der Umweltrat auf ein Verhandlungsmandat zum Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur geeinigt. Der Kommissionsvorschlag sieht verpflichtende Wiederherstellungsmaßnahmen für Teile der Flächen vor, die nicht in einem guten Zustand sind. Anstelle der Wiederherstellungsziele für einzelne Lebensraumtypen schlägt der Rat vor, bis 2030 Wiederherstellungsmaßnahmen auf 30% aller Lebensraumtypen, die sich nicht in einem guten Zustand befinden, zu ergreifen. Bis 2040 soll das auf 60% und bis 2050 auf 90% der Flächen aller Lebensräume, die sich nicht in einem guten Zustand befinden, ausgeweitet werden. Wissenslücken bezüglich des Zustands einiger Lebensräume sollen laut Rat geschlossen und quantitative Wiederherstellungsmaßnahmen nur für solche Gebiete gelten, deren Zustand bekannt ist. Es wird eine Aufweichung der Zielvorgaben für die Wiedervernässung von Torfgebieten gefordert. Zudem schlägt der Rat Änderungen bezüglich der nationalen Wiederherstellungsplänen vor. Aufgrund der hohen Relevanz des Ausbaus erneuerbarer Energien, fügt der Rat einen Artikel hinzu, welcher für diese Projekte Ausnahmen von bestimmten Verpflichtungen vorsieht. Projekte, die der Landesverteidigung dienen, sollen ebenfalls von bestimmten Anforderungen befreit sein. Schließlich schlägt der Rat eine neue Bestimmung vor, nach welcher die Kommission ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung einen Bericht mit einem Überblick über die verfügbaren Finanzmittel, einer Bewertung des Finanzierungsbedarfs sowie einer Analyse zur Ermittlung von Finanzlücken vorlegen soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/20/council-reaches-agreement-on-the-nature-restoration-law/>

EP; keine Mehrheit für Naturwiederherstellung im Umweltausschuss

Am 27.06.2023 gab es unter den Abgeordneten des Umweltausschusses keine Mehrheit für den geänderten Vorschlag der Kommission für ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Nach Abstimmungen über Änderungsanträge zum Kommissionsvorschlag am 15.06.2023 und einer Fortsetzung 27.06.2023, lehnte der Umweltausschuss den Vorschlag für ein EU-Naturschutzgesetz in der geänderten Fassung mit 44 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab. Der Ausschuss wird dem Plenum somit voraussichtlich im Juli eine Empfehlung zur Ablehnung des Kommissionsvorschlags vorlegen. Als Teil des europäischen Grünen Deals schlug die Kommission am 22.06.2022 eine Verordnung über die Wiederherstellung der Natur vor, um zur langfristigen Wiederherstellung der geschädigten Natur in den Land- und Meeresgebieten der EU beizutragen und die Klima- und Biodiversitätsziele der EU zu erreichen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230626IPR00847/no-majority-in-committee-for-proposed-eu-nature-restoration-law-as-amended>

Kommission; Konsultation zur Änderung der RoHS-Richtlinie

Die Kommission hat am 28.06.2023 einen Entwurf für eine delegierte Richtlinie zur Konsultation gestellt. Diese sieht Ausnahmeregelungen in der Richtlinie 2011/65/EU (RoHS-Richtlinie) für die Verwendung von Cadmium und Blei in Kunststoffprofilen für elektrische und elektronische Fenster und Türen, die wiedergewonnenes Polyvinylchlorid enthalten, vor. Ziel ist es, die Vorschriften an den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt anzupassen. Die Konsultation ist bis zum 25.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13897-RoHS-exemption-for-lead-and-cadmium-in-recovered-polyvinyl-chloride-in-electric-doors-and-windows_de

Kommission; Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten in Kraft

Am 29.06.2023 ist eine neue Verordnung zur Bekämpfung der Entwaldung und Waldschädigung in Drittstaaten, die durch Konsum in der EU entsteht, in Kraft getreten. Wenn Unternehmen Palmöl, Soja, Kaffee, Rindfleisch, Kakao, Holz, Kautschuk oder daraus hergestellte Produkte auf den EU-Markt bringen, müssen sie in Zukunft nachweisen, dass diese Produkte nicht zur Entwaldung oder Waldschädigung beitragen. Hierfür müssen sie bestätigen, dass die jeweiligen Produkte auf Flächen hergestellt wurden, die nach dem 31.12.2020 nicht abgeholzt oder geschädigt wurden. Nach dem Inkrafttreten der Verordnung haben Unternehmen nun 18 Monate Zeit, um der Umsetzung der Vorschriften nachzukommen. Für kleinere Unternehmen soll es besondere Regelungen, z.B. eine längere Umstellungsfrist geben. Die Kommission möchte auch Gespräche mit Drittländern führen, um die Umsetzung dieser Verordnung zu erleichtern und gemeinsam gegen Entwaldung und Waldschädigung vorzugehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3602

Kommission; Partnerschaft für die Energiewende in der Fischerei und Aquakultur gestartet

Am 16.06.23 hat die Kommission auf der Konferenz „Joining forces for the energy transition in EU fisheries and aquaculture“ eine Partnerschaft für die Energiewende in Fischerei und Aquakultur gestartet. Die Partnerschaft soll es ermöglichen, Wissen und Lösungen auszutauschen und sich zu koordinieren, um den Sektor bis 2050 klimaneutral zu machen. Zudem soll dringenden Herausforderungen bezüglich der Energiewende, z.B. dem Bedarf an Fachkenntnissen oder der Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung, begegnet werden. Die Kommission stellt außerdem ein Instrument zur Verfügung, welches Fischereibetrieben helfen soll, die Auswirkungen der Energiekosten auf ihre Gewinne besser vorherzusagen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3322

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Agrarprogramme POSEI und SAI

Die Kommission hat am 19.06.2023 eine Konsultation für die Bewertung der Umsetzung spezifischer EU-Stützungsregelungen für die Landwirtschaft im Programmplanungszeitraum 2014-2020 veröffentlicht. Es handelt sich um die EU-Agrarprogramme POSEI und SAI, welche Gebiete in Randlage der EU sowie die kleineren Inseln des Ägäischen Meeres unterstützen sollen, mit ihrer geografischen Lage verbundene Schwierigkeiten abzumildern. Die Konsultation ist bis zum 25.09.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13647-EU-Stutzungsregelungen-fur-die-Landwirtschaft-in-den-Regionen-in-au%C3%9Ferster-Randlage-und-auf-den-kleineren-Inseln-des-Agaischen-Meeres-Bewertung-de>

Kommission; Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen als Lebens- und Futtermittel

Am 21.06.2023 hat die Kommission drei neue, gentechnisch veränderte Maissorten zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel zugelassen sowie die Zulassung von vier genetisch veränderten Sorten (drei Sojabohnen und eine Baumwolle) als Lebens- und Futtermittel verlängert. Die Zulassung gilt für zehn Jahre und umfasst nicht den Anbau der Pflanzen in der EU. Nachdem die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss sowie im anschließenden Berufungsausschuss keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Zulassung erreicht hatten, hat die Kommission auf Grundlage der Empfehlung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit entschieden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3424

Kommission; Konsultation zur Änderung der Regelungen für GAP-Strategiepläne

Die Kommission hat am 23.06.2023 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Konsultation gestellt. Hierbei geht es um die Änderung und Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2022/1475 in Bezug auf einen Querverweis, die Beschreibung der Struktur der Haushaltscodes sowie die Art und das Format der Informationen, die für die Überwachung und Bewertung der GAP-Strategiepläne vorzulegen sind. Die Konsultation ist bis zum 21.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13890-Commission-Implementing-Regulation-amending-the-Implementing-Act-on-monitoring-and-evaluation-of-CAP-Strategic-Plans-de>

Kommission; Sondermaßnahmen zur Unterstützung der Weinhersteller

Am 23.06.2023 hat die Kommission Maßnahmen angenommen, um die derzeitigen Störungen auf dem Weinmarkt in verschiedenen Regionen der EU zu beheben und Weinbauern zu unterstützen. Im Rahmen der nationalen Unterstützungsprogramme für Wein soll es den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, bis zum 15.10.2023 durch Krisendestillationen überschüssigen Wein vom Markt zu nehmen. Der destillierte Alkohol kann für Non-Food-Zwecke verwendet werden. Zudem soll bezüglich der Umsetzung der Weinförderprogramme mehr Flexibilität eingeräumt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3482

Kommission; Rat; Finanzielle Unterstützung für den landwirtschaftlichen Sektor

Die Kommission hat am 26.06.2023 vorgeschlagen, 330 Mio. EUR aus dem GAP-Haushalt für Landwirte aus 22 Mitgliedstaaten (MS) zu mobilisieren. Die Mittel sollen von den nationalen Behörden direkt an die Landwirte verteilt werden und eine Entschädigung für wirtschaftliche Verluste darstellen, die diesen durch Störungen auf dem Markt, die Folgen der hohen Preise, den raschen Verfall der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und ggf. durch Schäden, die aufgrund der durch den Klimawandel verursachten Ereignisse entstanden sind. Die MS haben am selben Tag ein 100 Mio. EUR Paket zur Unterstützung der Landwirtschaft in Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei beschlossen. Diese Länder sind wegen umfangreicher Einfuhren bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine von Marktstörungen und logistischen Engpässen betroffen. Außerdem schlägt die Kommission vor, höhere Vorauszahlungen der GAP-Mittel zuzulassen sowie den MS die Möglichkeit zu geben, ihre GAP-Strategiepläne zu ändern, um Mittel zugunsten der Wiederherstellung des Produktionspotenzials nach zerstörten Ernten, dem Verlust von Nutztieren und der Beschädigung von Infrastruktur aufgrund von Klimaereignissen umzuleiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3189

Kommission; Neue Standards für die Wiederverwendung von Abwasser

In einem Großteil der Mitgliedstaaten (MS) sind am 26.06.2023 neue Standards für die sichere Wiederverwendung von behandeltem Abwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung in Kraft getreten. Die neuen gemeinsamen Mindestanforderungen würden laut Kommission dazu beitragen, dass Landwirte Zugang zu sicheren Wasserquellen für die Bewässerung hätten sowie zu einer höheren Transparenz und dem Erhalt von Wasserressourcen. Zurzeit sind die Quoten der Wiederverwendung von Wasser in den MS noch sehr unterschiedlich. Die neuen Regelungen gelten nun in allen (MS), die keinen Gebrauch von der Opt-out-Klausel gemacht haben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3524

Kommission; Konsultation zur Angabe von Zutaten für aromatisierte Weinerzeugnisse

Am 27.06.2023 hat die Kommission einen Entwurf einer delegierten Verordnung zur Kennzeichnung der Zutaten für aromatisierte Weinerzeugnisse zur Konsultation gestellt. Hiermit soll die Verordnung (EU) Nr. 251/2014 ergänzt werden. Die Konsultation ist bis zum 25.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13385-Indication-of-ingredients-for-aromatised-wine-products_de

EuGH; Verstoß gegen strafprozessuale Belehrungspflicht: Verbot der Prüfung von Amts wegen grundsätzlich mit EU-Recht vereinbar

Der EuGH hat am 22.06.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-660/21 verkündet. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass das einem Strafrichter auferlegte Verbot, von Amts wegen einen Verstoß gegen die Pflicht zur Belehrung eines Verdächtigen über sein Aussageverweigerungsrecht zu prüfen, mit dem Unionsrecht vereinbar ist, wenn der Verstoß in einer angemessenen Frist gerügt werden kann. Dabei müsse das Recht auf einen Anwalt gewährleistet sein und der Verdächtige oder sein Anwalt zum Zweck der Rüge Akteneinsicht nehmen können, so der EuGH. Der Rechtssache liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus FRA zugrunde.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62021CJ0660>

EuGH; Generalanwältin: Gerichtliche Kontrolle bei Ermittlungsmaßnahme im Mitgliedstaat eines unterstützenden Europäischen Staatsanwaltes auf Verfahrensfragen beschränkt

Die Generalanwältin am EuGH Tamara Čapeta hat am 22.06.2023 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-281/22 verlesen. Sie vertritt darin die Rechtsauffassung, dass eine effiziente Erfüllung der Aufgaben der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSa) nur dann gewährleistet ist, wenn es dem Gericht des Mitgliedstaates eines lediglich unterstützenden Delegierten Europäischen Staatsanwaltes möglich ist, die mit der Durchführung einer Ermittlungsmaßnahme zusammenhängenden (formellen) Aspekte zu überprüfen. Die Beurteilung des mit dem Ermittlungsverfahren betrauten Delegierten Europäischen Staatsanwaltes, dass die Maßnahme (materiell) begründet ist, müsse durch den unterstützenden Staatsanwalt hingegen anerkannt werden. Der Grundrechtsschutz von Betroffenen der Ermittlungsmaßnahme werde hierdurch nicht gefährdet, so die Generalanwältin.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62022CC0281>

Kommission; Regeln über Europäische Verbandsklage in Kraft getreten

Am 25.06.2023 sind neue Regeln für kollektive Rechtsbehelfe in Kraft getreten. Künftig kann eine qualifizierte Einrichtung, etwa eine Verbraucherorganisation im Namen einer Gruppe von Verbrauchern, die durch illegale Geschäftspraktiken Schaden erlitten haben, einen Rechtsbehelf einlegen, um z.B. eine Entschädigung, einen Ersatz oder eine Reparatur zu erwirken. In einigen Mitgliedstaaten (MS) können Verbraucherinnen und Verbraucher bereits Verbandsklagen vor Gericht erheben. Von nun an soll es diese Möglichkeit in allen MS geben. Dieser kollektive Rechtsschutz war im Unionsrecht bislang nicht vorgesehen. Er soll von nun an über die Richtlinie über Verbandsklagen gewährleistet werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kollektiver-rechtsschutz-neue-regeln-fur-verbandsklagen-treten-kraft-2023-06-23_de

Rat; Annahme von E-Evidence-Paket

Der Rat hat am 27.06.2023 eine Verordnung und eine Richtlinie über den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln angenommen. Elektronische Beweismittel sind digitale Daten wie E-Mails, Textnachrichten und Verkehrsdaten, die zur Ermittlung und Verfolgung von Straftaten verwendet werden. Mit den neuen Vorschriften soll die Erhebung solcher Beweismittel für Polizei- und Justizbehörden erleichtert werden. Die neuen Vorschriften sollen die Justizbehörden in die Lage versetzen, elektronische Beweismittel direkt bei Diensteanbietern wie Telekommunikations- oder Social-Media-Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat (MS) anzufordern. Die Diensteanbieter sollen verpflichtet sein, innerhalb

von 10 Tagen bzw. in Eilfällen innerhalb von 8 Stunden zu antworten. Durch eine Europäische Sicherungsanordnung sollen die Justizbehörden ausländische Diensteanbieter daran hindern können, Daten zu löschen. Dadurch soll ein späterer Behördenzugriff auf die Daten ermöglicht werden. Die Verordnung über Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen ist in allen ihren Teilen in allen MS verbindlich und wird 36 Monaten nach ihrem Inkrafttreten anwendbar. Die Richtlinie über die Benennung von Niederlassungen und die Bestellung von Vertretern muss innerhalb von 30 Monaten nach ihrem Inkrafttreten umgesetzt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/27/council-adopts-eu-laws-on-better-access-to-electronic-evidence/>

Rat; EUStA; Fünf neue Staatsanwälte ernannt

Am 27.06.2023 hat der Rat fünf neue Europäische Staatsanwältinnen bzw. Europäische Staatsanwälte der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) ernannt, da die Amtszeit von 8 Europäischen Staatsanwälten am 28.07.2023 abläuft. Die Namen der neu ernannten Europäischen Staatsanwälte lauten Nikolaos Paschalis (GRI), Andrea Venegoni (ITL), Anne Pantazi Lamprou (CYP), Gedgaudas Norkunas (LIT) und Ursula Schmudermayer (AUT). Die EUStA hat ihre Tätigkeit am 01.06.2021 aufgenommen und ist für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung sowie Anklageerhebung in Bezug auf Straftaten zulasten der finanziellen Interessen der EU zuständig.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/27/eu-public-prosecutor-s-office-eppo-council-appoints-5-european-prosecutors/>

EP; JURI billigt Verhandlungsmandat zur Anti-Slapp-Richtlinie

Der federführende Rechtsausschuss (JURI) des EP hat am 27.06.2023 seinen Bericht mit 15 Ja-Stimmen (1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung) zum Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung („Anti-SLAPP-Richtlinie (sog. „strategic lawsuits against public participation“) (KOM (2022)177 final) an. JURI-Berichtersteller war MdEP Timo Wölken (S&D/DEU). Mit ihrem Richtlinienvorschlag beabsichtigt die Kommission, die Medienfreiheit in der EU zu stärken und den Schutz derjenigen (Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft) zu gewährleisten, die von sogenannten SLAPP-Klagen betroffen sind. Bei SLAPP-Klagen handelt es sich um offenkundig unbegründete oder teilweise unbegründete Gerichtsverfahren, die das Ziel verfolgen, kritische öffentliche Beteiligung einzuschränken. Der Rat hat die allgemeine Ausrichtung zum Richtlinienvorschlag am 09.06.2023 beschlossen. Nach einer finalen Billigung des Verhandlungsmandats im Plenum des EP können somit die interinstitutionellen Trilogverhandlungen zu dem beginnen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230626IPR00818/anti-slapp-eu-protection-against-legal-actions-that-silence-critical-voices>

EP; Ausschüsse billigen Verhandlungsmandat zum Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Die beiden federführenden Ausschüsse für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des EP haben am 28.06.2023 ihre Position zum Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 08.03.2022 gebilligt. Der zugrundeliegende Berichtsentwurf wurde mit 71 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen. Der Entwurf eines Beschlusses über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen wurde mit 72 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Die Ausschüsse streben mit ihrer Position eine einheitliche, einwilligungsbasierte Definition von Vergewaltigung in der EU, strengere

Regeln für Gewalt im Internet und eine bessere Unterstützung der Opfer an. Nach dem Beschluss im Plenum des EP können die Trilogverhandlungen mit dem Rat beginnen. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230626IPR00838/violence-against-women-sex-without-consent-is-rape-say-meps>

Rat, EP, Kommission; Vorläufige Einigung über E-Justiz-Paket

Der Rat und das EP haben am 28.06.2023 eine vorläufige Einigung über zwei Rechtsakte erzielt, mit denen die EU-Justizsysteme digitalisiert, leichter zugänglich und effektiver werden sollen. Die Vorschläge für eine Verordnung über die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit und den Zugang zur Justiz bzw. für eine flankierende Richtlinie sehen u.a. Folgendes vor: die Teilnahme von Parteien und anderen relevanten Personen an Zivil-, Handels- und Strafanörungen mittels Videokonferenz, die Einrichtung eines europäischen elektronischen Zugangspunkts für Antragsstellungen, Informationsaustausch Kommunikation mit den zuständigen Behörden, die Annahme elektronischer Kommunikation und Dokumente von natürlichen und juristischen Personen, die Anerkennung von Dokumenten mit elektronischen Signaturen oder Siegeln und die vermehrte Zahlung von Gebühren auf elektronischem Wege. Die formelle Einigung muss vor in Kraft treten noch durch den Rat und das EP gebilligt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/28/digital-justice-council-and-european-parliament-conclude-deal-on-proposals-on-digitalisation-of-judicial-cooperation-and-citizens-access-to-justice/>

I n n e r e s

Rat; Übergangszeitraum für die Finanzierung von Waldbrandbekämpfungskapazitäten soll verlängert werden

Der Rat hat am 16.06.2023 seinen Standpunkt zu einem Gesetzentwurf angenommen, mit dem der Übergangszeitraum verlängert wird, innerhalb dessen die Kommission Löschflugzeuge und -hubschrauber finanzieren kann, um die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Waldbränden zu unterstützen. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Übergangszeitraum, bis zur vollständigen Verfügbarkeit der rescEU-Löschflotte, bis zum 31.12.2024 dauert. Da der Erwerb hochspezialisierter Luftfahrzeuge nicht vor Ende 2024 abgeschlossen werden könne, müsse der Übergangszeitraum für das Leasing von Flugzeugen und -hubschraubern zur Waldbrandbekämpfung bis Ende 2027 verlängert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/16/firefighting-planes-and-helicopters-council-agrees-position-to-guarantee-financing/>

Rat; Kommission; EU-USA-JI-Ministertreffen in Stockholm

Am 21.06.2023 fand auf Einladung von SWE das USA-EU-Ministertreffen für den Bereich Justiz und Inneres in Stockholm statt. Die EU wurde durch die Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, den Kommissar für Justiz, Didier Reynders, sowie den schwedischen Justizminister, Gunnar Strömmer, vertreten. Der kommende ESP Ratsvorsitz wurde durch die spanische Justizministerin Maria Pilar Llop Cuenca und den spanischen Innenminister Fernando Grande-Marlaska vertreten. Für die USA nahmen Justizminister Merrick Garland und der Minister für Innere Sicherheit Alejandro N. Mayorkas teil. Die Teilnehmenden verurteilten erneut den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und machten ihre Unterstützung für die Ukraine deutlich. Darüber hinaus brachten die EU und die USA in ihrem gemeinsamen Abschlussstatement Sorge gegenüber dem Anstieg des gewalttätigen Extremismus

zum Ausdruck. Außerdem will man weiterhin eng bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenarbeiten. In diesem Zuge wurde auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und den USA zur Erleichterung des Zugangs zu elektronischen Beweismitteln in Strafverfahren begrüßt. Beide Seiten zeigten sich zudem entschlossen, die Kooperation bei der Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität zu verstärken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/21/joint-eu-us-statement-following-the-eu-us-ministerial-on-justice-and-home-affairs-stockholm/>

EuGH; Kunde und ehemaliger Bankmitarbeiter haben Auskunftsrecht bzgl. ihrer personenbezogenen Daten nach der DSGVO

Der EuGH hat am 22.06.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-579/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass jeder ein Recht darauf hat, zu erfahren, zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen seine personenbezogenen Daten abgefragt wurden. Dass der Verantwortliche im Bankgeschäft tätig ist und die Person, deren personenbezogene Daten in ihrer Eigenschaft als Kunde des Verantwortlichen verarbeitet wurden, bei diesem Verantwortlichen auch beschäftigt war, wirkt sich laut EuGH auf die Reichweite dieses Rechts nicht aus. Der Rechtssache liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus FIN zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274867&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=23689798>

EuGH; Vertragsverletzungsklage erfolgreich: Ungarische Asylregelung während Corona-Pandemie unionsrechtswidrig

Der EuGH hat am 22.06.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-823/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass eine Vorschrift in HUN, die während der Corona-Pandemie die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, von der vorherigen Abgabe einer Absichtserklärung bei der Botschaft in einem Drittstaat abhängig machte, gegen die Verpflichtung des Mitgliedstaates aus der Asylverfahrensrichtlinie verstoße. Die Richtlinie sehe die vorherige Abgabe einer Absichtserklärung nicht vor. Die Pflicht dazu laufe dem Ziel der Richtlinie zuwider, einen effektiven, einfachen und schnellen Zugang zum Verfahren für die Zuerkennung des internationalen Schutzes zu gewährleisten. Die Regelung sei zur Erreichung des vorgebrachten Ziels, die öffentliche Gesundheit zu schützen, schon nicht geeignet und überdies unverhältnismäßig gewesen, so der EuGH. Der Rechtssache liegt ein Vertragsverletzungsverfahren der Kommission zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274870&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=23723574>

EUAA; Zahl der Erstanträge auf Asyl weiterhin auf Rekordniveau

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 22.06.2023 Zahlen zur Lage bei den Asylanträgen im April dieses Jahres veröffentlicht. Demnach standen die EU+-Länder (Mitgliedstaaten + Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und Island) aufgrund der hohen Zahl der gestellten Asylanträge unter steigendem Druck. Mit rd. 75.000 Asylanträgen sei die Zahl der Antragstellungen zwar leicht rückläufig gewesen, allerdings befände sich die Zahl derjenigen Antragsteller, die noch auf eine erstinstanzliche Entscheidung warten, mit 687.000 Anträgen, weiterhin auf dem höchsten Stand seit 2017. Am häufigsten hätten Syrer (8.800) und Afghanen (7.000) im April um internationalen Schutz ersucht. Etwa die Hälfte aller afghanischen Anträge und 60% aller syrischen Anträge seien in DEU gestellt. Mit 4.700 Asylanträgen hätten fast zwei Drittel mehr türkische Staatsangehörige als im April des Vorjahres, Schutz begehrt. Auch hier sei mehr als die Hälfte aller Anträge in DEU gestellt worden. Seit Mai 2022 ist nun ein kontinuierlicher Anstieg der Anträge auf internationalen Schutz in der EU+ zu

verzeichnen, der durch Konflikte, politische und soziale Umwälzungen, wirtschaftliche Notlagen und Ernährungsunsicherheit angeheizt wird.

<https://euaa.europa.eu/news-events/almost-690000-cases-awaiting-first-instance-decision-eu>

Europol; Eurojust; Hessische Polizei unterstützt bei europaweiter Aktion gegen Drogenhandel

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 23.06.2023 bekanntgab, ist es Justiz- und Strafverfolgungsbehörden aus DEU, ITL und NLD gemeinsam mit der EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und Europol gelungen, einen Erfolg im Kampf gegen den internationalen Drogenhandel zu erzielen. So wurde laut Europol ein Netz von Drogenhändlern zerschlagen, das hauptsächlich aus albanischen Staatsangehörigen besteht. Dabei wurden 35 Verdächtige festgenommen und 51 Orte in den beteiligten Ländern durchsucht. Rd. 600 Polizeikräfte waren an der Aktion beteiligt. Unterstützung erhielten diese auch durch ein von Eurojust initiiertes gemeinsamen Ermittlungsgruppe („joint investigation team“, JIT). Die Festgenommenen stehen in Verdacht, Kokain und Cannabis aus Südamerika nach Europa transportiert zu haben, um die Drogen in der EU zu verkaufen. Gleichzeitig werden ihnen Folter und Entführung zur Last gelegt. Mithilfe mehrerer Logistikstützpunkte sowie Fahrzeugen habe das Netzwerk den Handel mit Drogen vorantreiben können. Insgesamt eine Tonne Kokain und eine Tonne Haschisch mit einem Verkaufswert von 1 Mrd. EUR sei zwischen März 2020 und Juni 2021 in die EU gebracht und verkauft worden. Durch u.a. in DEU betriebene Etablissements sei das Geld vermutlich gewaschen worden. An den Aktionen waren in DEU u.a. Beamtinnen und Beamte des Landeskriminalamtes Hessen, der Kripo Frankfurt und Bereitschaftspolizisten aus Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Einsatzkräfte aus dem Saarland beteiligt.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/strike-against-albanian-drug-trafficking-network-in-germany-italy-and-netherlands>

Rat,EP, Kommission; Vorläufige Einigung über neue Vorschriften zur Stärkung der Cybersicherheit auf EU-Ebene

Der Rat und das EP haben am 26.06.2023 eine vorläufige Einigung über einen Verordnungsentwurf, mit dem ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sichergestellt werden soll, erzielt. Mit der neuen Verordnung soll ein gemeinsamer Rahmen für die Cybersicherheit für alle EU-Einrichtungen geschaffen und ihre Resilienz und ihre Fähigkeit zur Reaktion auf Sicherheitsvorfälle verbessert werden. U.a. würden die EU-Einrichtungen durch die neuen Vorschriften verpflichtet, einen Rahmen für das Management, die Governance und die Kontrolle von Cybersicherheitsrisiken zu schaffen. Zudem soll das Mandat des IT-Notfallteams (CERT-EU) durch die Verordnung ausgeweitet und gestärkt werden. Konkret soll CERT-EU sämtliche EU-Einrichtungen unterstützen, Sicherheitsvorfälle zu verhindern, aufzudecken und auf sie zu reagieren. Darüber hinaus werde es als zentrale Anlaufstelle für den Informationsaustausch und die Koordinierung im Bereich der Cybersicherheit fungieren. Schließlich sehen die neuen Vorschriften noch die Einrichtung eines interinstitutionellen Cybersicherheitsbeirats, der die Umsetzung der Verordnung durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU voranbringen und beaufsichtigen soll, vor. Die Einigung muss vor ihrem in Kraft treten noch durch den Rat und das EP gebilligt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/26/cybersecurity-at-the-eu-institutions-bodies-offices-and-agencies-council-and-parliament-reach-provisional-agreement/>

Frontex; Konsultativforum für Grundrechte veröffentlicht zehnten Jahresbericht

Am 26.06.2023 hat das Konsultativforum für Grundrechte der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) seinen mittlerweile zehnten Jahresbericht für das Jahr 2022 veröffentlicht. Der Bericht enthält die wichtigsten Beobachtungen und Empfehlungen, die das Forum im Laufe des Jahres bei Frontex, und ihrem Verwaltungsrat vorgebracht hat, um den Schutz der Grundrechte bei Frontex-Aktivitäten zu stärken.

<https://prd.frontex.europa.eu/document/tenth-consultative-forum-annual-report-2022/>

Rat; EU-Drogenagentur beschlossen

Der Rat hat am 27.06.2023 einen Gesetzgebungsakt angenommen, mit dem die bestehende Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) in eine EU-Drogenagentur umgewandelt wird. Die Agentur soll eine Schlüsselrolle bei der Reaktion der EU auf neue Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit im Kontext der Bekämpfung illegaler Drogen spielen. Konkret soll die Agentur folgende Hauptaufgaben haben: Erhebung, Überwachung, Auswertung und Verbreitung von Daten, bessere Vorsorge durch Frühwarnung, Risikobewertung und faktengestützte Empfehlungen für Maßnahmen sowie Entwicklung von Kompetenzen, um drogenbezogene Herausforderungen zu antizipieren und zu bewältigen. Sitz der Agentur ist weiterhin Lissabon (PTL). Die gegenständliche Verordnung findet unmittelbare Anwendung und wird ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/27/council-gives-final-green-light-to-creation-of-eu-drugs-agency/>

Europol; Bericht zu Ermittlungserfolgen im Zusammenhang mit der Zerschlagung von EncroChat veröffentlicht

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 27.06.2023 hat die die Zerschlagung des verschlüsselten Kommunikationstools EncroChat, das von Gruppen der organisierten Kriminalität (OCG) in großem Umfang genutzt wurde, bisher zu 6.558 Verhaftungen weltweit geführt. Bei 197 der Festgenommenen handele es sich um hochrangige Zielpersonen. Dies gehe aus dem ersten Bericht über EncroChat hervor, von französischen und niederländischen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in Lille (FRA) vorgelegt wurde. Die erfolgreiche Zerschlagung von EncroChat war das Ergebnis der Bemühungen einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe („joint investigation team“, JIT), die von beiden Ländern im Jahr 2020 mit Unterstützung der EU-Agentur für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und Europol eingerichtet wurde. Seitdem sei es gelungen, fast 900 Mio. EUR an kriminellen Geldern zu beschlagnahmen oder einzufrieren. EncroChat war ein in Europa ansässiger Kommunikationsanbieter, der sog. Kryptohandys (abhörsichere Mobiltelefone) und eine Infrastruktur für Ende-zu-Ende-verschlüsselten OTR-Nachrichtenofortversand (EncroChat) und IP-Telefonie (EncroTalk) anbot. Da diese Dienstleistungen stark von Mitgliedern der organisierten Kriminalität zur Planung und Durchführung von Straftaten genutzt wurden, leitete Europol zwischen März und Juni 2020 Ermittlungsverfahren gegen das Netzwerk ein und infiltrierte es. Französische Ermittlungsbehörden waren in das EncroChat-Netzwerk eingedrungen und hatten Spyware auf den Endgeräten installiert. In der Folge stellte EncroChat den Geschäftsbetrieb ein.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/dismantling-encrypted-criminal-encrochat-communications-leads-to-over-6-500-arrests-and-close-to-eur-900-million-seized>

EuGH; Generalanwältin: Speicherung von Fingerabdrücken auf Personalausweisen rechtens

Generalanwältin Medina (LET) hat am 29.06.2023 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-61/22 (Landeshauptstadt Wiesbaden – Speicherung von Fingerabdrücken auf Personalausweisen) verlesen. Darin vertritt sie die Auffassung, dass die unionsrechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten, bei neuen Personalausweisen die Fingerabdrücke mitaufzunehmen, rechtens ist. Die Regelung verfolge eine, dem Gemeinwohl dienende Zielsetzung, da sie intendiere, die Gefahr von Fälschungen und Dokumentenbetrug zu reduzieren. Auch sei die Vorschrift im Übrigen verhältnismäßig, da kein milderes und gleich effektives Mittel zur Zielerreichung ersichtlich sei. Zudem enthalte die einschlägige Verordnung zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltsdokumente, die Unionsbürgern und deren Familienangehörigen ausgestellt werden, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben, hinreichende Regelungen zum Schutz vor Miss- oder Fehlgebrauch bei der Erfassung, Speicherung und Verwendung biometrischer Identifikatoren.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=D9DDF2A675FD91D228F8A6629F5F8081?text=&docid=275040&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=72862>

Bildung und Kultur

Kommission; Aufforderung zur 3D-Digitalisierung von Kulturerbestätten

Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission hat am 21.06.2023 die Kampagne „Twin it! 3D for Europe’s culture“ ins Leben gerufen. Mit der Initiative fordert die Kommission die Mitgliedstaaten (MS) dazu auf, mit 3D-Aufnahmen von Kulturerbestätten zum gemeinsamen europäischen Datenraum, beizutragen. Dieser Datenraum wurde von der Aktion Europeana geschaffen. Aktuell bietet Europeana Zugang zu 57 Mio. Kulturgütern, davon jedoch lediglich 0,01% in 3D, so Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. Die Nutzung von 3D-Dateien soll mithilfe der Kampagne angekurbelt werden. Außerdem ist beabsichtigt, bedrohte Kulturerbestätten für zukünftige Generationen zu erhalten und ebenso für Bildung, Tourismus sowie die Entwicklung „intelligenter Städte“ bereitzustellen. Bereits 2021 hatte die Kommission die MS in Form einer Empfehlung aufgefordert, Kulturerbestätten, welche vom Verfall bedroht sind, sowie die Hälfte der Stätten, die stark vom Tourismus betroffen sind, bis 2030 zu digitalisieren. Dieser Empfehlung soll die Kampagne ebenso wie die Europäische Kulturerbe-Cloud, welche sich aktuell im Aufbau befindet, Rechnung tragen. Die Cloud soll Fachleute und Institutionen im Bereich Kulturerbe fördern und somit innovationsfreundlich agieren.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-invites-member-states-contribute-collection-3d-digitised-cultural-heritage-assets>

Kommission; Einfluss kultureller Aktivitäten auf Demokratie

Die Generaldirektion für Bildung, Jugend, Sport und Kultur hat am 23.06.2023 einen Bericht über den positiven Zusammenhang von Teilhabe an kulturellen Aktivitäten und Demokratie veröffentlicht. Die dem Bericht zugrundeliegende Recherche stellt heraus, dass die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Dies äußert sich in verschiedensten Aspekten: So seien eine erhöhte Wahlbeteiligung, soziales Engagement und Sozialkompetenz unter anderem auf kulturelle Aktivitäten zurückzuführen. Damit geht der Appell der Kommission einher, Fördermittel für den Kulturbereich nicht etwa als Verschwendung, sondern

vielmehr als gezielte Investition in die Förderung von Demokratie und sozialen Zusammenhalt zu betrachten. Kulturelle Aktivitäten haben laut dem Bericht eine „starke emotionale, kreative, expressive und kollaborative Dimension“, die Räume für Dialog, Gemeinschaft, Austausch und Feiern, soziale Interaktion und Zusammenarbeit schaffe. Sie seien auch ein wirksames Mittel, um über Sprachbarrieren hinweg zu kommunizieren und gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Flüchtlinge, Migranten, ethnische und religiöse Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Gemeinschaften einzubeziehen. Zugleich weisen die Autoren des Berichts auf die aktuell in der EU bestehende Ungleichverteilung kultureller Angebote hin.

<https://culture.ec.europa.eu/news/new-report-participation-in-cultural-activities-strengthens-democracy-and-social-cohesion>

EP; „LUX-Publikumsfilmpreis“ 2023

Am 27.06.2023 wurde der Film „Close“ des belgischen Regisseurs Lukas Dhont im Plenarsaal des EP in Brüssel mit dem „LUX-Publikumsfilmpreis“ 2023 ausgezeichnet. Es handelt sich bei „Close“ um eine gemeinsame Produktion von BEL, FRA und NDL. Für den Preis nominiert waren außerdem „Alcarràs“ der spanischen Regisseurin Carla Simón, „Burning Days“ des türkischen Regisseurs Emin Alper, „Will-o'-the-Wisp“ des portugiesischen Regisseurs João Pedro Rodrigues und „Triangle of Sadness“ des schwedischen Regisseurs Ruben Östlund. Der LUX-Preis wird alljährlich verliehen. Das Auswahlverfahren besteht dabei zu einer Hälfte aus einer öffentlichen Abstimmung europäischer Zuschauer. Dabei wurden in diesem Jahr etwa 45.000 Stimmen eingereicht. Die zweite Hälfte der Stimmen setzt sich aus der Abstimmung der MdEP zusammen. An der Preisverleihung im Plenarsaal nahm auch die Präsidentin des EP Roberta Metsola (EVP/MLT) teil.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230626IPR00850/der-lux-filmpreis-2023-geht-an-close-von-lukas-dhont>

Information, Kommunikation und Medien

Rat; Verhandlungsmandat zum EU-Medienfreiheitsgesetz angenommen

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 21.06.2023 das Verhandlungsmandat des Rates für den Vorschlag eines EU-Medienfreiheitsgesetzes (EMFA) angenommen. Mit dem EMFA will die Kommission einen gemeinsamen Rahmen für Mediendienste im Binnenmarkt schaffen, sowie Medienpluralismus und Medienfreiheit in der EU stärken. Der Kommissionsvorschlag ist insbesondere bei den deutschen Ländern auf deutliche Kritik gestoßen. Denn die Kulturhoheit liegt bei den Mitgliedstaaten, und der Vorschlag betrifft medienpolitische Kompetenzen der Länder. Der Rat hat den Kommissionsvorschlag im Verhandlungsmandat in zentralen Aspekten geändert und damit auch der Kritik aus DEU Rechnung getragen. So wurde u.a. die Unabhängigkeit des neu zu schaffenden Europäischen Gremiums für Mediendienste gestärkt; dieses wird damit besser dem verfassungsrechtlichen Gebot der Staatsferne der Medienaufsicht in DEU gerecht. Ferner wurden, auch auf Forderung von DEU, die Vorgaben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk modifiziert. Das EP wird über seinen Bericht im Herbst abstimmen; dann können die Verhandlungen zwischen EP, Kommission und Rat über einen Kompromisstext beginnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/21/european-media-freedom-act-council-secures-mandate-for-negotiations/>

Veranstaltungen

Sommerempfang der European Women Lawyers Association (EWLA)

Am 19.06.2022 fand der Sommerempfang der European Women Lawyers Association (EWLA) in der Hessischen Landesvertretung statt. EWLA-Präsidentin Prof. Laura Carlson begrüßte die mehr als 80 geladenen Gäste aus den EU-Institutionen, Verbänden und Kanzleien. Mitglied bei EWLA sind sowohl Rechtsanwältinnen aus europäischen Ländern als auch Verbände wie z.B. der Deutsche Juristinnenbund und die französische Juristinnenvereinigung („Association Française des Femmes Juristes“). Eva Gerhards, stellvertretende Kabinettschefin von Helena Dalli, Kommissarin für Gleichstellung, blickte in ihrer Rede auf die gleichstellungspolitischen Erfolge und Initiativen der Kommission zurück. So sei die in diesem Jahr angenommene Richtlinie zur Lohntransparenz ein wichtiger Schritt zur Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles in der EU. Weitere Meilensteine seien die Ratifizierung der Istanbul Konvention, des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, sechs Jahre nach der Unterzeichnung, sowie die Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten. Ungeachtet dieser Fortschritte sei aber noch für die Gleichstellung in Europa zu tun, so Gerhards. Der Auffassung, dass angesichts der aktuellen Krisen andere Probleme im Vordergrund stehen sollten, trat die stellvertretende Kabinettschefin entschieden entgegen. Gleichstellung sei ein integraler Bestandteil der Lösungen der Probleme.

Better Finance, Internationale Konferenz zur Kleinanlegerstrategie der EU

Am 20.06.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel die Veranstaltung von Better Finance, dem Europäischen Verband der Anleger und Finanzdienstleistungskunden, zur Kleinanlegerstrategie der EU statt. Nach Begrüßung durch Jella Benna-Heininger, Vorsitzende von Better Finance, und einer einleitenden Keynote von MdEP Eero Olavi Heinäluoma (S&D/FIN), diskutierte ein erstes Panel insbesondere die Frage eines Provisionsvertriebsverbots sehr kontrovers. John Berrighan (Director General, DG FISMA) erklärte den Verzicht hierauf im jüngst veröffentlichten Gesetzgebungspaket mit möglichen Disruptionen auf der Angebotsseite und einer möglichen Unterversorgung mit proaktiven Beratungsleistungen („solicitation gap“). Barbara Antonides, Manager International Affairs der NDL Finanzmarktaufsichtsbehörde, berichtete demgegenüber aus der inzwischen 12-jährigen positiven Erfahrung in NDL mit einem Provisionsvertriebsverbot. Vertreter der Finanzindustrie kommentierten die Kommissionsvorschläge unterschiedlich, jedoch überwiegend positiv. In einem weiteren Panel wurden Fragen des Zugangs von Kleinanlegern zu Marktdaten und der Best Execution diskutiert. Hierbei zeigten sich insbesondere zwischen den traditionellen Börsen, u.a. vertreten durch Niels Barb, Chief Regulatory Officer der Deutsche Börse Group, und Vertretern alternativer Handelsplattformen die erwartbaren Differenzen in der Betonung der expliziten bzw. impliziten Transaktionskosten bei der Beurteilung der Best Execution. Inwieweit das vorgesehene Consolidated Tape die Marktfragmentierung mit ihren negativen Konsequenzen für die impliziten Transaktionskosten zumindest auf Datenebene beheben könne und ob es den Verbrauchern eine Kontrolle ermöglichen werde, ob sie Best Execution erhalten hätten, wurde unterschiedlich bewertet. Die Erforderlichkeit eines Consolidated Tape wurde ungeachtet dessen von allen Seiten anerkannt. In ihrer abschließenden Keynote bekundete Kommissarin Mairead McGuinness die Entschlossenheit der Kommission, ein besseres wirtschaftliches Ergebnis für Kleinanleger zu erzielen und forderte die Finanzindustrie zu entsprechenden Produktentwicklungen auf.

Europa nach den Wahlen – Vorgezogene Neuwahlen in GRI am 25.06.2023

Am 26.06.2023 fand auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich eine Veranstaltung zu den Ergebnissen und den Auswirkungen der erneuten Parlamentswahl in GRI am 25.06.2023 statt. GRI hatte bereits am 21.05.2023 Parlamentswahlen, die mit deutlichem Vorsprung die liberalkonservative Partei „Nea Dimokratia (ND)“ von Kyriakos Mitsotakis gewonnen hatte. Doch zur absoluten Mehrheit für eine Alleinregierung fehlten der Partei fünf Sitze. Da Mitsotakis lieber allein weiter regieren wollte, setzte er auf Neuwahlen. Sein Plan ging auf: Dank eines wieder eingeführten sogenannten „Bonus-Systems“ der Regierung Mitsotakis, das jetzt bei der Neuwahl am 25.06.2023 angewandt wurde, hat die ND-Partei mit insgesamt 158 von 300 Sitzen im griechischen Parlament das beste Ergebnis (40,55%) erzielt, das sie bislang in einer Parlamentswahl erreicht hat, sagte die griechische EU-Korrespondentin Maria Psara von der Tageszeitung „Efimerida ton Syntaktion“. Sie hat die Wahlergebnisse in der Hessischen Landesvertretung vorgestellt und analysiert. Stabile griechische Regierungen – des linken oder des rechten Lagers – waren politisch gewünscht und haben die letzten Jahrzehnte der griechischen Politik geprägt. Zum ersten Mal werden acht Parteien im griechischen Parlament vertreten sein, führte die Journalistin weiter aus. Der große Wahlverlierer ist die linke Syriza-Partei mit nur noch 17,84%, sie lag 2019 bei über 31%. Alle anderen Parteien haben dazugewonnen. Die wichtigste Oppositionspartei bleibe die linke Syriza-Partei mit 48 Sitzen, gefolgt von der sozialdemokratischen Partei PASOK mit 32 (11,85%), den Kommunisten (KKE) mit 20 Sitzen (7,69%) und einer neuen kleinen, eher linken Partei, Plefsi Eleftherias, mit acht Sitzen. Bemerkenswert sei auch, dass drei rechtsextreme Parteien den Einzug ins Parlament schafften: Die neue (nur wenige Wochen alte) rechtsextreme Partei „Die Spartaner“ erhielt auf Anhieb 12 Sitze (4,64%). Sie gilt als Nachfolgerin der ehemaligen Neonazi-Partei Goldene Morgenröte, die zuvor als kriminelle Vereinigung eingestuft worden war sowie zwei weitere Parteien: Die ultraorthodoxe „NIKI“ mit 10 Sitzen (3,69%), sie ist pro-russisch und gegen Migration eingestellt und die rechtspopulistische Partei „Griechische Lösung“ mit 12 Sitzen (4,4%). Zusammen liegen die rechten Parteien nun bei über 12%. Damit folge GRI dem europäischen Trend, rechte Parteien legen zu. Im Fokus des anschließenden Gesprächs des Journalisten und Moderators der Veranstaltung, Markus Becker, DER SPIEGEL, mit Maria Psara standen u.a. der Aufwärtstrend der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, die generelle Einstellung der Griechen zur Flüchtlingspolitik, die Einschränkung der Pressefreiheit sowie die Unterstützung der Ukraine im Krieg.

Veranstaltung „Herausforderungen für den europäischen Katastrophenschutz - Wie gelingt das Miteinander von Solidarität und Subsidiarität?“

Am 26.04.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen eine Kooperationsveranstaltung des Hessischen Innenministeriums und des Landesfeuerwehrverbandes Hessen (LfV Hessen) zum Thema „Herausforderungen für den europäischen Katastrophenschutz - Wie gelingt das Miteinander von Solidarität und Subsidiarität?“ statt. Nach einleitenden Bemerkungen von Innenminister Peter Beuth und dem Präsidenten des LfV Hessen, Norbert Fischer, diskutierte ein Podium mit Staatsminister Beuth, Aleksa Simkic (Kabinettschefin von Katastrophenschutz-Kommissar Lenarcic), MdEP Lena Düpont (EVP/DEU), Dr. h.c. Ralf Ackermann (Ehrenpräsident des LfV Hessen) und Adam Nowak (Vizepräsident der freiwilligen Feuerwehren in POL) die o.g. Themen. Das Podium war sich einig, dass es angesichts vielfältiger Herausforderungen, wie der klimawandelbedingten Waldbrandgefahr, wichtig sei, ehrenamtliche Strukturen im Bereich des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes zu stärken. Hessens Innenminister mahnte in diesem Zusammenhang jedoch, dass der Aufbau von EU-Katastrophenschutzeinheiten nicht

dazu führen dürfe, dass Mittel für die Krisenvorsorge in den Ländern mit Blick auf die Maßnahmen der EU reduziert würden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Carsten Volkery vom Handelsblatt.

Arbeitsfrühstück mit Frau Prof. Dr. Buch mit ECON MdEPs

Am 28.06.2023 fand in der hessischen Landesvertretung in Brüssel ein Arbeitsfrühstück mit der Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank Prof. Dr. Claudia Buch und den deutschen Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Währung Markus Ferber (EVP/DE), Dr. Joachim Schuster (S&D/DE), Nicola Beer (RN/DE), Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DE) Dr. Andreas Schwab (EVP/DE), Prof. Dr. René Repasi (S&D/DE) sowie den

zuständigen Referenten und Abteilungsleiter des Finanzbereiches der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Resilienz des europäischen Finanzsystems und aktuelle Themen der europäischen und nationalen Bankenregulierung. Vizepräsidentin Buch hob die Effizienz der europäischen Bankenaufsicht hervor und unterstrich den Anpassungsbedarf des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus an die Herausforderungen der nächsten zehn Jahre. Ferner erstreckte sich das Gespräch auf die Bankenpleiten in den USA und der Schweiz, den Legislativvorschlag der Kommission zur Überarbeitung des Abwicklungsregimes und aktuelle Überlegungen zur Konstruktion des Digitalen Euro.

Vereinigung Europäischer Börsen (FESE) Jahrestagung 2023

Am 28.06.2023 veranstaltete die Vereinigung Europäischer Börsen (FESE) ihre Jahrestagung in der hessischen Landesvertretung in Brüssel. Zahlreiche hochrangige Vertreter, darunter die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Nicola Beer (RN/DEU), Thomas Book, Mitglied im Vorstand der Deutschen Börse, Verena Ross die Vorsitzenden der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), Jean-Paul Servais der Vorsitzende der Autorität Finanzielle Dienste und Märkte (FSMA), sowie Ugo Bassi Direktor in der Generaldirektion FISMA tauschten sich über die Fortschritte der Entwicklung der Kapitalmarktunion, aktuelle Regulierungsthemen und dem Stand europäischer Kapitalmärkte aus. Sämtliche Redner betonten dabei die hohe volkswirtschaftliche Relevanz und Stellenwert funktionsfähiger und transparenter Kapitalmärkte zur Finanzierung der dualen Transformation. Vertiefende Panels befasste sich mit dem Consolidated Tape, dem Stand der Primärmarktregulierung, der Kleinanlegerstrategie der Kommission sowie von Kapitalmarktfinanzierungen auf Basis von Distributed Ledger-Technologien (sog. Decentralized Finance).

Delegationsreise der Gesellschaft für kommunale Kooperation mbH

Am 16. und 17.06.2023 war die Gesellschaft für kommunale Kooperation mbH zu Gesprächen in Brüssel. Es fand u.a. ein Gedankenaustausch mit Viola von Cramon (GRÜNE/DEU) über die aktuelle EU-Energiepolitik und die Rolle der lokalen Energieerzeuger und Verteilnetzbetreiber im Europäischen Parlament statt. Zudem gab es Gespräche mit mehreren Vertretern der Generaldirektion Energie der Kommission zum Elektrizitätsbinnenmarkt, zum Gas-Paket und zur Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie, sowie dem Verband Kommunaler Unternehmen zur EU-Taxonomie.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

10.07.	Rat für allgemeine Angelegenheiten
10.07. – 11.07	informelle Tagung der Umweltministerrat
12.07.	informelle Tagung der Energieministerrat
13.07 – 14.07	informelle Tagung Sozialministerrat
14.07.	Rat Wirtschaft & Finanzen

Europäische Kommission

05.07.	<ul style="list-style-type: none">• Paket Lebensmittel und biologische Vielfalt<ul style="list-style-type: none">- Bodenrecht- Verordnung über Pflanzen, die mit neuen genomischen Techniken erzeugt werden- Überarbeitung der Aspekte von Lebensmittelabfällen und Textilien der EU-Abfallrahmenrichtlinie- Überarbeitung der Rechtsvorschriften über Saatgut und anderes pflanzliches und forstliches Vermehrungsgut• 2023 Bericht über die strategische Vorausschau• 2023 Jahresbericht zur Rechtsstaatlichkeit• Reaktion auf die europäisch Bürgerinitiative: "Stoppt das Finning - Stoppt den Handel!"
11.07.	<ul style="list-style-type: none">• Paket zur Ökologisierung des Verkehrs• Initiative zu virtuellen Welten• Überarbeitung der Richtlinie über die Rechte der Opfer

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg 10.-13.07.2023

Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2022
Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2022
Richtlinie über Industrieemissionen
Industrieemissionsportal
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe
Nachhaltige Schiffskraftstoffe (Initiative „FuelEU Maritime“)
Energieeffizienz (Neufassung)
Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren
Europäische Bürgerinitiative „Für den Schutz kosmetischer Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche“

Wiederherstellung der Natur
Europäisches Chip-Gesetz
Befristete Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels in
Ergänzung der Handelszugeständnisse für moldauische
Waren im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen
der EU, Euratom und Moldau
Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2023:
Einstellung des Haushaltsüberschusses 2022
Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die
Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2023/001
BE/LNSA – Belgien
Abkommen EU/Chile: Änderung der Zugeständnisse für alle
in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente infolge
des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der
Europäischen Union
Abkommen EU/Japan über Flugdienste
Das Wahlrecht, die Untersuchungskommission und die
Rechtsstaatlichkeit in Polen
Erkenntnisse aus der COVID-19-Pandemie und
Empfehlungen für die Zukunft
Beziehungen zur Palästinensischen Behörde
Umsetzung von Passerelle-Klauseln in den EU-Verträgen
Bankenunion – Jahresbericht 2022
Der Schutz von Journalisten weltweit und die
diesbezügliche Politik der Europäischen Union
Das System der Europäischen Schulen: Sachstand,
Herausforderungen und Perspektiven
Förderung und Gestaltung der Berufsbildung als Instrument
für den Erfolg der Arbeitnehmer und als Baustein für die
Wirtschaft der EU in der neuen Industrie 4.0
Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates
vom 29./30. Juni 2023
Luftqualität und saubere Luft für Europa
Ökodesign-Verordnung
An die Europäische Arzneimittel-Agentur zu entrichtende
Gebühren und Entgelte
Bewirtschaftungs-, Erhaltungs-, und Kontrollmaßnahmen
für den Bereich des Übereinkommens über die Fischerei im
südlichen Indischen Ozean (SIOFA)
Digitaler Informationsaustausch in Terrorismusfällen
Informationsaustausch und die Zusammenarbeit betreffend
terroristische Straftaten: Angleichung an die
Unionsvorschriften über den Schutz personenbezogener
Daten
Beitritt zum Schengen-Raum
Lage im Libanon
Stand des Abkommens über politischen Dialog und
Zusammenarbeit EU-Kuba vor dem Hintergrund des
jüngsten Besuchs der Insel durch den Hohen Vertreter
Einrichtung eines Ethikgremiums der EU
Lage der Europäischen Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung (SME Union)

Die europäische Wirtschaft in den Dienst des Mittelstands stellen

Das Erfordernis, die „Unshell“-Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke anzunehmen

Verwirklichung des Grünen Deals: das Risiko, dass die EU auf dem Weg zum grünen Wandel auf Hindernisse stößt und ihre internationalen Verpflichtungen nicht einhält

Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Europäischen Parlaments zu Transparenz, Integrität, Rechenschaftspflicht und Korruptionsbekämpfung

Neue Verordnung über Bauprodukte

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)

Jahresbericht für die Jahre 2019-2021 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Ausschuss der Regionen

05./06.07.2023

156. AdR-Plenarsitzung

Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung von Desinformation und der Informationsmanipulation und Einmischung aus dem Ausland

Überarbeitung der AdR-Geschäftsordnung 2023

Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser

Überarbeitung der EU-Luftqualitätsvorschriften

Paket zu kritischen Rohstoffen

Netto-Null-Industrie-Verordnung

Reform der Gestaltung des EU-Strommarkts

EU-Erweiterungspaket 2022

Förderung des Potenzials und der Synergien von Initiativen für die Regionen und Städte im Rahmen des europäischen Grünen Deals

Europäischer Gerichtshof

04.07.2023

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-252/21 Meta Platforms u. a. (Allgemeine Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerks)
Zusammenführung von Nutzerdaten aus verschiedenen Quellen

04.07.2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-670/22 Staatsanwaltschaft Berlin (EncroChat)

Verwertbarkeit von EncroChat-Daten in Strafverfahren

- 06.07.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-510/21 Austrian Airlines (Erstversorgung an Bord eines Flugzeugs)
Haftung wegen unzureichender Erstversorgung nach einem Unfall an Bord
- 06.07.2023 Urteile des Gerichtshofs in den Rechtssachen C-663/21 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Flüchtling, der eine schwere Straftat begangen hat), C-8/22 Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides (Flüchtling, der eine schwere Straftat begangen hat), und C-402/22 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Besonders schwere Straftat)
Aberkennung bzw. Verwehrung von Asyl wegen Begehung einer schweren Straftat
- 06.07.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-462/22 BM (Wohnsitz des Scheidungsantragsstellers)
Gerichtszuständigkeit in internationalen Scheidungsverfahren
- 06.07.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-122/22 P Dyson u.a. / Kommission
Energieverbrauch von beutellosen Staubsaugern
- 06.07.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-354/22 Weingut A
Verwendung der Bezeichnung "Weingut"
- 12.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C 221/22 P Kommission / Deutsche Telekom
Verzugszinsen bei einer zu Unrecht verhängten Geldbuße
- 13.07.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-376/20 P Kommission / CK Telecoms UK Investments
Verbot der geplanten Übernahme von O2 durch Hutchison
- 13.07.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C 615/20 YP u.a. und C 671/20 M. M. (Aufhebung der Immunität und Suspendierung eines Richters)
Richterliche Unabhängigkeit in Polen
- 13.07.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-106/22 Xella Magyarország
Untersagung des Erwerbs eines Unternehmens von strategischer Bedeutung

- 13.07.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 134/22 G
GMBH
Informationspflichten gegenüber der zuständigen Behörde
bei Massenentlassungen
- 13.07.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-265/22
Banco Santander
Missbräuchlichkeit einer Klausel im
Hypothekendarlehensvertrag
- 13.07.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-765/21
Azienda Ospedale-Università di Padova
Impfpflicht für die Beschäftigten des Gesundheitswesens
in Italien
- 13.07.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in
der Rechtssache C-261/22 GN (Ablehnungsgrund gestützt
auf das höherrangige Interesse des Kindes)
Europäischer Haftbefehl
- 13.07.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in
der Rechtsmittelsache C 382/21 P EUIPO / The KaiKai
Company Jaeger Wichmann
Prioritätsfrist für Gemeinschaftsgeschmacksmuster
- 13.07.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-646/21 Staatssecretaris van Justitie en
Veiligheid (Sich mit den Werten der Union identifizierende
Personen)
Berücksichtigung der gesellschaftlichen Anpassung bei
Asylanträgen
- 13.07.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-260/22 Seven.One Entertain Group
Ausschluss von Sendeunternehmen von der deutschen
Leermedienabgabe
- 13.07.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-606/21 Doctipharma
Online-Plattform für nicht verschreibungspflichtige
Arzneimittel
- 13.07.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-518/22 AP Assistenzprofis
Persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen -
Diskriminierung wegen des Alters?

EuG

- 04.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-304/22 Fridman / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 04.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-301/22 Aven / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 05.07.2023 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-115/20 Puigdemont i Casamajó und Comín i Oliveres / Parlament und T-272/21 Puigdemont i Casamajó u.a. / Parlament
Schutz bzw. Aufhebung der Immunität
- 07.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-146/22 Ryanair / Kommission (KLM II ; COVID-19)
Staatliche Beihilfen im Kontext der Covid-19-Pandemie
- 07.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-249/22 Ponomarenko / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 07.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 390/22 Mndoiants / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 07.07.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 8/21 IFIC Holding / Kommission
Extraterritoriale US-Sanktionen gegen iranische Unternehmen
- 07.07.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 34/22 Cunsorziu di i Salamaghji Corsi - Consortium des Charcutiers Corses u.a. / Kommission
Streit um Schutz korsischer Schinken und Wurstwaren
- 07.07.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 313/22 Abramovich / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.07.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA